

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

75 (30.3.1931)

Abtag 2, 3 treten mit Beginn des dritten Tages nach der Berlin-
dung in Kraft.

Der Reichspräsident
ges. von Hindenburg.

Der Reichskanzler
ges. Dr. Brüning.

Der Reichsminister des Innern
ges. Dr. Witt.

Daß eine Notverordnung von solch tiefgreifender Bedeu-
tung erlassen werden mußte, ist die ausschließliche Schuld der
Nazis und Kogis, in deren brutalem und schamlosen politi-
schem Verhalten und Treiben nachgerade jegliche Anständig-
keit im politischen Kampfe unterzugehen droht. Nazis wie
Kogis, ihre Redner und ihre Presse, schreden auch vor den in-
famsten Beschimpfungen und Verleumdungen ihrer politischen
Gegner nicht zurück; und beinahe täglich verüben Jorden die-
ser beiden Parteien Bluttaten. Man kann der Reichsregie-
rung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie viel zu lange und
viel zu nachsichtig diesen Orgien der politischen Roheit zu-
gesehen hat.

Eine scharfe und zielbewußte Anwendung der Bestimmun-
gen der Notverordnung kann für Parteien, Vereinigungen
und Personen, die an Stelle des sachlichen politischen Kamp-
fes den der Roheit und der Brutalität sehen wollen, von
weiträumiger Bedeutung werden, vorausgesetzt, daß die Be-
stimmungen der Notverordnung nicht einseitig und
nicht schikane angewendet werden. Den Polizeibehörden
wird durch die Notverordnung eine solche Machtfülle in die
Hand gegeben, daß ihre mißbräuchliche Anwendung und Be-
nutzung den größten politischen Schaden anrichten würde;
ebenso wenn die Justiz auf Grund der Notverordnung in der
einseitigen Weise Urteile fällen sollte.

Wir halten es für richtig, daß durch die Notverordnung der
Strupflose Hege in öffentlichen Versammlungen gesteuert
werden soll, denn was sich nationalsozialistische und kommuni-
stische Redner in den letzten Monaten an wüsten Beschimp-
fungen und an erbärmlicher Kampfesweise in Versammlungs-
reden geleistet haben, mußte besonders auf die Jugendlichen
geradezu verwüsten wirken. Da auch Teilnehmer an einer
verbotenen Versammlung in Zukunft bestraft werden können,
ist Vorsicht beim Versammlungsbesuch geboten. Die politische
Propaganda, die mit Hilfe von Personen auf Lastwagen be-
trieben worden ist, ist leider speziell durch die Nazis zu einem
großen Anflug gelangt worden. Es ist daher richtig, daß für
solche Fahrten die polizeiliche Genehmigung eingeholt werden
muß, ebenso halten wir die verschärften Bestimmungen über
das Tragen von Schutzwesten für durchaus geboten. Daß Ver-
einigungen, d. h. solche Organisationen, deren Mitglieder
wiederholt gegen Bestimmungen der Notverordnung verstoßen,
aufgelöst werden können, ist schließlich, wenn sich die Not-
wendigkeit von Ausnahmemaßnahmen ergeben hat, erklär-
lich. Aber auch hier sei mit besonderem Nachdruck betont,
daß eine einseitige Handhabung dieser Bestimmungen in
politischer Beziehung nicht mildern, sondern verbittern
wirken muß. Genau so steht es hinsichtlich des Tragens ein-
seitlicher Kleidung oder Abzeichen bei politischen Vereinigun-
gen; die Haltenkreuzer und Koffroten haben ziemlich gleich-
mäßig Schuld an den blutigen Vorgängen der letzten Monate,
es wäre daher grundfalsch, Verbote vornehmlich oder ledig-
lich gegen Koffroten zu richten. Daß Plakate und Flugblätter
der Zensur einer Behörde unterworfen werden, ist betrüb-
lich, aber durch die Erfahrungen und Tatsachen der letzten
Monate geboten. Es überstieg vielfach schon das erträgliche
Maß, was die extremen Parteien sich auf Plakaten und in
Flugblättern leisteten. Recht einschneidend kann der § 12 der
Notverordnung werden, durch den periodische Druckchriften,
also auch Zeitungen, auf die Dauer von 8 Wochen, eventuell
auch auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden können.
Sehr beachtenswert ist die weitere Bestimmung der Not-
verordnung, wonach die Aburteilung von Verstoßen und Ver-
gehen gegen die Bestimmungen der Notverordnung auf de-
sultablem Wege durchgeführt werden soll. Wir halten
das für außerordentlich wertvoll, denn erfahrungsgemäß wirkt
eine kleinere Strafe, die der Tat so ziemlich auf dem Fuße
folgt, weit abschreckender, als eine größere Strafe, die erst
nach einem umständlichen Prozeß und nach Monaten verhängt
wird. Wenn die politischen Koglinge und Schimpfapostel
wissen, daß sie unter Umständen schon innerhalb von zwei bis
drei Tagen nach Begehung einer strafbaren Handlung verur-
teilt werden können, dürfte das vorbeugend und abschreckend
wirken.

Etwas bedenklich ist die Bestimmung der Notverordnung,
die den Schutz der Religionsgesellschaften des öffentlichen
Rechts auspricht. Man braucht bloß an diese charakteristische
Tatsache erinnern, daß innerhalb der evangelischen Geistlich-
keit die Fälle sich außerordentlich mehren, wonach evangelische
Pastoren als haltenkreuzerliche Hegepostel auftreten und in
meist unerträglich Weise politisch Andersdenkende angrei-
fen und beschimpfen. Und weiter, daß die evangelischen
Kirchenbehörden zu diesem schandvollen Treiben vieler evan-
gelischer Geistlicher schweigen. Wenn der Reichsinnenminister
ein Kundschreiben an die Kirchenbehörden erlassen hat, in
dem er sucht wird, daß auch die Geistlichen sich gegenüber der
Freidenkerbewegungen einer einwandfreien Form bedienen
sollten, so ist das zu begrüßen, nur scheint uns der Erfolg
noch nicht festzulegen.

Wie aus Berlin berichtet wird, sind die rechtsextremen
Parteien wegen der Notverordnung in größte Aufregung ge-
raten. Sie verlangen jetzt mit einemmal die Einberufung des
Reichstages, den sie in den letzten Wochen so kläglich geschwänzt
haben. Die Herrschaften merken es, daß ihrer volks- und
staatsverwühlenden Hege mit Hilfe der Notverordnung ganz
erheblich Einhalt geboten werden kann. Um das zu verhindern,
würde dann der Reichstag gerade gut genug. Er wird aber
den Herrschaften den Gefallen nicht tun. G. Sch.

Hindenburg dankt der Reichsregierung

Der Reichspräsident sprach dem Reichskanzler in warmen Wor-
ten seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm und der
Reichsregierung geleistete bedeutende und wertvolle Arbeit aus
und bat Dr. Brüning, diesen Dank an die Reichsminister und ihre
Mitarbeiter weiterzuleiten zu wollen.

Spanien verfolgt die Gegner der Diktatur

Der spanische Kriegsminister hat den Vorsitzenden des Obersten
Heeres- und Marinegerichts, General Burguette, seines Amtes
entbunden und zu 60 Tagen strengen Arrest verurteilt. Die Maß-
nahme ist auf eine Pressenotiz zurückzuführen, in der General
Burguette erklärt hatte, daß der Oberste Heeres- und Marine-
rat unerbittlich vorgehen würde, falls ein General verurteilt
würde, der sich nicht als Republikaner erklärt.

Briand über Zollunion

„Enttäuschung über Deutschland“

Im französischen Senat antwortete Außenminister
Briand auf die Interpellationen zur deutsch-öster-
reichischen Zollvereinbarung. Dabei erklärte er
u. a.: Man müsse die Vorgänge auf ihren Kern zurückführen
und sachlich prüfen. Die Tatsache berühre nicht das Prestige
Frankreichs. Das wolle aber nicht heißen, daß Frankreich
ihre gegenüber unempfindlich bleiben könne. Das Abkommen
könne auch keine Drohung für Frankreich darstellen; denn
Frankreich sei stark genug, um der Stimme der Vernunft
Gehör zu verschaffen.

Was das Ernsteste an dem jetzigen Zwischenfall ist, fuhr
Briand fort, sei das Verfahren. Gewiß wird das, was
jetzt geschehen ist, eine Atempause in unseren Be-
ziehungen zu Deutschland bringen. Mit Oesterreich

haben wir Handelsverträge abgeschlossen, die Rücksicht genom-
men haben auf seine wirtschaftliche Lage. Wenn diese sich verän-
dert, muß die Frage neu aufs Tapet gebracht werden. Man
sollte in Deutschland wissen, daß es nicht Deutschland
allein auf der Welt gibt. Die Niederlegungen und Be-
denken, die geäußert worden sind, werden vielleicht Deutsch-
land und Oesterreich veranlassen können, einen Weg aus-
zugeben, der zu einem bösen Ziel führen muß. Ich würde
mich beglückwünschen, wenn es so wäre. Ich habe von deut-
scher Seite viel Enttäuschungen erlitten. Trost-
dem will ich mich nicht verweifen. Wenn ich bleibe, werde ich
mein Programm fortführen, damit das große Ziel der
deutsch-französischen Zusammenarbeit wieder
aufgenommen wird.

Nach weiterer Debatte wurde das Budget des Außern
genehmigt.

Schachts Flücht vor Verantwortung

Das Ende der Reparationen

Von Hellmut Vollweiler.

Nationalsozialistische Blätter und Parteibüros (!) propagieren
neuerdings ein vor kurzem erschienenen Buch: „Das Ende der
Reparationen“ von Dr. Hjalmar Schacht, dem eben-
maligen Präsidenten der Reichsbank. Dieses Buch berichtet — in
der mehr oder weniger deutlichen Form persönlicher Memoiren —
über die Neuregelung der Reparationsfrage durch den Young-
Plan. Man kennt die eigenartige persönliche Note, man kennt auch
die zweifellos oft fälschende Rolle, deren sich Herr Dr. Schacht
während der Beratungen der Pariser Sachverständigenkonferenz
und während der Verhandlungen im Haag bedient hat und die ihn
seitweise geradezu zum Mittelpunkt des politischen Tagesinter-
esses werden ließ, genau: Dr. Schacht ist einer der verhältnis-
mäßig wenigen Männer, die als Autoren des Young-Planes eine
persönliche Verantwortung für denselben übernommen
und dabei auch... zu tragen haben. Der Versuch, die Ver-
antwortung nachträglich abzuschütteln und auf
fremde Schultern zu büden, erscheint ganz absonderlich von der Art
der Argumentation, mit der dies geschieht, reichlich billig.

Man erinnert sich des deutschen Vorschlags vom 17. April
1929, der sich nicht, wie es im Rahmen dieser Konferenz natür-
lich gewesen wäre, auf eine rein ziffermäßige Darstellung der
deutschen Leistungsbereitschaft beschränkte, sondern den für die ge-
samte Weiterentwicklung der Konferenz entscheidenden Feh-
ler enthielt, nämlich die Forderung und solche auf dem Ge-
biet der Diszesse in den Kreisen rein finanzieller Forderungen
einzubehalten. Gewiß lag es auf der Hand, daß die Vertretungen
der Gläubigerstaaten politisch instruiert und gebunden waren,
und daß praktisch von einer „privaten“ Konferenz „unabhängiger
Wirtschaftsachverständiger“ kaum mehr die Rede sein konnte, aber
gerade deshalb war es nicht nur diplomatisch, sondern
auch rein verhandlungsstechnisch ein schwerer Feh-
ler, derartige Forderungen gerade im Rahmen dieser Konfe-
renz in den allgemeinen Kreis deutscher Leistungsangebots ein-
zubehalten. Dr. Schacht dürfte also seiner eigenen Ver-
handlungspraxis zu verdonken haben, wenn er seinen Ge-
gnern damit einen offiziellen und von ihrem Standpunkt aus durch-
aus triftigen Grund in die Hand gab, den deutschen Gesamtvor-
schlag rundweg abzulehnen und so die ganze Konferenz
in Frage zu stellen. Daß diese Taktik die Stellung der deutschen
Delegation entscheidend schwächen mußte, und daß damit die
Aussichten der Konferenz völlig andere geworden waren, als Herr
Dr. Schacht vielleicht anfangs erwartet hatte, bedarf ebensowenig
einer Frage, wie die Tatsache, daß die Verantwortung
hierfür ausschließlich der Führung der deutschen Delegation
(also Schacht) zufällt.

Die Darstellungweise Herrn Dr. Schachts, die ja nichts anderes
bedeutet als den Versuch, die Verantwortung bezüglich des Ergeb-
nisses der Pariser Konferenz von sich auf andere abzuwälzen, ist
im Ergebnis wenigstens, zu primitiv, um nicht durchschaut

zu werden. Der in seinem berichtigten Memorandum vom 6. De-
zember 1929 enthaltene Satz:

„Ich für meinen Teil muß es entschieden ablehnen, für die In-
kraftsetzung des Young-Planes verantwortlich gemacht zu werden,
wenn seine Wünsche und Voraussetzungen in einer Weise, wie es
nach den bereitgestellten Maßnahmen und Forderungen der Fall zu
sein scheint, mißachtet werden.“...
beleuchtet dieses sichtlich Bestreben zur Genüge. Von diesen „Maß-
nahmen und Forderungen“ aber ist, — das scheint Herrn Dr.
Schacht völlig entgangen zu sein, — die wesentlichste die nach
Freigabe des liquidierten deutschen Eigentums
im Ausland: Herr Dr. Schacht scheint also in seinem Buch ver-
gessen zu haben, zu erwähnen, daß er auf dem Gebiet der Li-
quidationspolitik in Paris absolut nichts erreicht, im Gegen-
te: Der deutsche Verzicht auf die Erfüllung „unerledigter“ Li-
quidationsansprüche wurde schriftlich fixiert und von Herrn Dr.
Schacht — wie er auf das Bestimmteste in seinem Memorandum
versichert — unter „ausdrücklichem Widerspruch“ genehmigt. Ein
solcher Widerspruch findet sich bei näherer Betrachtung jedoch
weder im Young-Plan selbst, noch sonstwo. Wenn es nun den deut-
schen Unterhändlern im Haag nachher nicht mehr gelingen
konnte, diese Veräußerung Herrn Dr. Schachts nachzuholen, war
dies letztlich eine Folge der von Herrn Schacht in Paris ent-
wickelten Liquidationspolitik. Trodem: Nach Herrn Dr. Schacht
war auch hieran nicht er, sondern die Reichsregierung schuld.

Als es dann zum zweiten Male galt, Verantwortung zu
übernehmen, nämlich bei der endgültigen Realisierung
des Young-Planes im Haag, lebte Herr Dr. Schacht auf der
ganzen Linie ab. Er lebte es ab, als Delegierter des Reiches
nach dem Haag zu fahren, er lebte es ab, in seiner Eigenschaft als
Mitglied des Organisationsausschusses der Bank für inter-
nationalen Zahlungsverkehr, als die Einmütigkeit
der Reichsbank zur Beteiligung an dem künftigen Institut in
Basel zu erklären und also sogar soweit, den Versuch zu machen,
die Unabhängigkeit der Reichsbank mitten während
der Haager Verhandlungen gegen die Reichsregierung auszu-
spielen. Herr Dr. Schacht scheint also auch hier übersehen zu haben,
daß in diesem Falle er es war, der der deutschen Delegation im
Haag in den Rücken fiel. Die Tatsache, daß dieser Versuch dank
der Energie des Außenministers erfolglos blieb, ändert hieran
nichts.

Der einsie Punk, in dem er sich in seinem Buche bereit
findet, Verantwortung mitzübernehmen, ist die Schaf-
fung der Bank für internationalen Zahlungsver-
kehr, die nach dem Projekt Herrn Dr. Schachts in erster
Linie den Zweck haben sollte, in den privaten Wirtschaftsbetrieb
sanierend einzugreifen, so den Weltmarkt ansuzuregen und
durch eine damit erzielte mehr oder weniger künstliche Waren-
bewegung einen erträglichen Ausgleich der Reparationsverpflich-
tungen zu schaffen. Bedauerlicherweise hat aber gerade dieses ein-
sige Institut, für welches Herr Dr. Schacht bereit war Ver-
antwortung mitzübernehmen, — wie die seitliche Entwik-
lung der Weltwirtschaftslage mit erkennbarer Deutlichkeit ge-
zeigt hat, ... verfaßt.

Irrwege der Wirtschaft

Industrie- und Handelsstag überieht Bedeutung der mangelnden Kaufkraft

Die Jahresversammlung des Deutschen Industrie-
und Handelsstages, die letzte Woche in Berlin stattfand,
erhielt ihre Bedeutung durch eine programmatische Rede des
Reichskanzlers Dr. Brüning. Der Kanzler erntete
bei der großen Versammlung reichen Beifall. Und doch
werden viele Teilnehmer der Generalversammlung unbefriedigt
von dannen gegangen sein.

Die Industrie hat auf dieser Tagung nicht so hysterisch
von der „wirtschaftlichen Notwendigkeit“ des Lohnabbaus ge-
sprochen wie noch vor Monaten. Was kein Zufall ist. Sie
hätte unter Umständen die Bilanz des Lohnabbaus des
vergangenen Winters ziehen müssen und diese Bilanz wäre
gegen die Lohnabbaupolitik und für die Kauf-
krafttheorie der Gewerkschaften ausgefallen. Wir hätten
gemeinhin, der Reichskanzler Dr. Brüning wäre in seiner An-
sprache, als er über die Unbeweglichkeit des Preisniveaus
sprach, nur etwas deutlicher gemordet. Dann hätte er sagen
müssen, daß man wohl die Löhne, aber nicht die Preise
abgebaut hat. Nach den Erfahrungen der letzten Monate
ist es vergebliches Bemühen, die Krise in Deutschland durch
die „zu hohen“ Löhne erklären zu wollen. Es geht auch nicht
an, alles, was schließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung
bedingt ist, auf den Youngplan abwälzen zu
wollen. Selbstverständlich beeinflussen die Repara-
tionszahlungen die Wirtschaftsentwicklung hüben und drüben
ungünstig. Sie aber für die Weltwirtschaftskrise
allein oder auch nur vorzugsweise verantwortlich machen zu
wollen, ist geradezu himverbrannt. Die Reparationsfrage ist
ein Teilproblem.

Das Hauptproblem ist aber die Tatsache, daß man bei
vollen Scheunnen hungert, daß man Rohstoffe und
Lebensmittel in Ueberschuß hat und die Produktion dieser
Güter abstoßen muß, während 20 Millionen, die gern arbeiten
wollen, nicht arbeiten können und hungern müssen. Das ist
eine Frage, für die einzelne Wirtschaft gesehen, der Bedarfs-
deckung und, für die Weltwirtschaft gesehen, eine Frage der
internationalen Zusammenarbeit. Die Krise, die 20 Millionen

arbeitslos macht, ist Ausdruck des kapitalistischen Systems,
das ungehemmt Produktivkräfte entwickelt, aber keine gerechte
Verteilung des Arbeitsproduktes schafft. Deshalb die berech-
tigte Forderung nach Umformung unserer Wirtschaftsordnung
im Sinne des Sozialismus, des Marxismus.

Von all dem hat man natürlich, aus dem Industrie- und
Handelsstag nicht gesprochen. Aber man hat wieder mal von
dem „Frrrum der Kaufkrafttheorie der Ge-
werkschaften“ geredet. Man hätte das nicht tun sollen.
Denn der Beweis, daß die Lohnabbaupolitik der deutschen
Unternehmer Unfug ist und die Kaufkrafttheorie der Gewer-
kschaften Recht hat, ist mit der Zeit recht deutlich geworden.
Man kann von Vertretern des kapitalistischen Systems nun
nicht erwarten, daß sie sich für das sozialistische Wirtschafts-
ideal erwärmen. Aber man hätte vom Industrie- und Han-
delstag verlangen können, daß er das sieht, was nicht zu
übersehen ist, nämlich die Irrwege, die das kapitalistische
System im Zeichen der Ueberationalisierung, des
Lohnabbaus und der Kaufkraftdrofflung
gegangen ist. Auf diesem Irrweg kann sich auch die kapita-
listische Wirtschaft nicht wieder erholen.

Es wäre angebracht gewesen, wenn sich der diesmalige In-
dustrie- und Handelsstag zu der Notwendigkeit einer Li-
quidierung dieser Irrungen bekannt hätte. Der Zu-
stand der Wirtschaft zeigt: es ist die höchste Zeit, daß das ge-
scheht.

Das Urteil gegen Frau Hanau

Die 11. französische Strafkammer hat das Urteil im Prozeß der
„Gazette du France“ gefällt. Da die Hanauanellage, Frau
Hanau, sich entschlossen hatte, sich weilerer Beteiligung an der Ge-
richtsverhandlung zu enthalten, ist der Urteilsspruch als ein Con-
tumacias-Urteil anzusehen, das Frau Hanau anfechten könnte. Gegen
Frau Hanau ist eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren
und eine Geldstrafe von 3000 Francs verhängt worden. Gegen
ihren Mitarbeiter und früheren Ehemann, Oscar Bloch,
eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten und 3000 Francs
Geldstrafe. Einer ihrer Rechtsberater, Serlant, wurde zu
300 Francs Geldstrafe verurteilt. Der politische Refor-
teur der von Frau Hanau gegründeten „Gazette des Nations“,
Pierre Audibert, wurde freigesprochen, ebenso ein
Mitglied des Verwaltungsrates der Hanauischen Unternehmungen,
de Courville.

Parteitag 1931

Am 31. Mai in Leipzig

Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 31. Mai und folgende Tage nach dem Volksaus in Leipzig ein.

- 1. Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse. Referent: Fritz Larnow. 2. Die Ueberwindung des Faschismus. Referent: Rudolf Breitshheid. 3. Partei und Jugend. Referent: Erich Ollenhauer. 4. Bericht der Reichstagsfraktion: Berichterstatter: Wilhelm Sölmann. 5. Bericht des Parteivorstandes. a) Allgemeines. Berichterstatter: Max Westphal; b) Kasse. Berichterstatter: Konrad Ludwig. 6. Bericht der Kontrollkommission: Berichterstatter: Wilhelm Bok. 7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. 8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteischulusses und der Kontrollkommission.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 28. April beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Abs. 2 spätestens am 3. Mai im Vorwärts veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Begen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Karl Schaefer, Leipzig, Taucha-Strasse 192/21.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Leipzig ausgegeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Großbankfeststellungen zur Wirtschaftskrise

Der Jahresbericht der Commerz- und Privatbank stellt an die Spitze der allgemeinen Ausführungen die Feststellung, „dass die sogenannte Nationalisierung der Betriebe sich vielfach als Beschlag ausgemerkt habe und die bei vielen Unternehmen eingetretenen Finanzstellen Schwierigkeiten als die unausbelebte Tote des aus der schwachen Kaufkraft weiter Beschleunigungskräfte sich ergebenden Abwärtsanges am anzusehen sei.“

Der Jahresbericht der Darmstädter Nationalbank (Danat) macht für die deutsche Wirtschaftslage in allererster Linie die schwere politische Beunruhigung des In- und Auslandes durch die Wahlen vom 14. September verantwortlich. Deutschland hätte in dem Ablauf der Weltwirtschaftskrise eine vorteilhafte Sonderstellung erwarren dürfen, denn das Ausland war geneigt, das dort unverwendbare Kapital Deutschland zur Verfügung zu stellen, wobei die notwendige Verbilligung der deutschen Zinssituation mit Sicherheit hätte erkämpft werden können. Im zweiten Halbjahr habe sich Deutschland durch die innerpolitischen Vorgänge von diesen günstigen Ausgängen weit entfernt. Der jährliche Zusammenbruch des Vertrauensverhältnisses zwischen in- und ausländischem Kapital, schließlich die Parole „Rette sich wer kann“ habe den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen und gleichzeitig die Preissteigerung armer Massen arbeitender Menschen demiriert. Die gewaltigen landesfremden Beträge, die großen Kreditverbindungen des Auslandes und der mehrmonatigen, seitwärtig panfarierte Verlauf deutscher Aktien und Obligationen durch das Ausland hätten eine entscheidende Verringerung der Investitionstätigkeit zur Folge gehabt. Die Situation wurde durch die notwendig geworden einschneidende Drosselung der Aufträge der öffentlichen Hand noch verschärft. Wir haben diesen Feststellungen nichts hinzuzufügen.

Hakenkreuz in der Barmat-Linie

Grüner am Ziel

Ansehens der Balesjugendliche der nationalsozialistischen Presse zum Uebertritt des aus der Sozialdemokratischen Partei vor einiger Zeit ausgeschlossenen Senatspräsidenten Grünner zur Nationalsozialistischen Partei macht Das Freie Wort folgende interessante Feststellungen:

Der frühere angebliche Sozialdemokrat Grünner, Senatspräsident am Preussischen Oberverwaltungsgericht, ist der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beigetreten. Er hat damit den Weg, den er mit der Enthüllung aus dem privaten Leben des Genossen Genesinft alorreich begonnen hat, bis zum edlen Ziel vollendet.

Herr Grünner ist seit zwei Monaten von Oberverwaltungsgericht wegen kranker Nerven beurlaubt; er ist jetzt um eine Verlängerung seines Urlaubs eingekommen und hat sie wohl auch erhalten. Ueber einen Kranken braucht man nicht zu richten.

Ueber die NSDAP hat Herr Grünner mit Begeisterung aufgenommen, und das ist interessant. Denn Herr Senatspräsident Grünner war ein sehr guter Freund von Julius Barmat und hat von diesem auch einmal ein größeres Darlehen genommen. Barmat-Freundschaft schließt also offenbar die Mitarbeiterschaft in der NSDAP nicht aus.

In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 4. Oktober 1924 haben die Deutschnationalen Herrn Grünner Schiedungen in drei Fällen, und zwar mit dem Kaufmann Bohn, Stuttgart, mit Herrn von der Elbe und gegen den Kommerzienrat Siegfried Falk zum Vorwurf gemacht. Und durch eine kleine Anfrage vom 14. November 1927 hat die Deutschnationalen Volkspartei Auskunft über ein Meinungsverfahren gegen Dr. Grünner verlangt. Entweder also nehmen die Herren Huanenberg-Eilber ihre Entschlüsse nicht ernst — und sie täten recht damit! — oder sie nehmen an solchen Kleinigkeiten wie Schiedungs- und Meinungsverordnungen keinen Anstoß.

Freistaat Baden

Ein Nazipfarrer vor dem Schöffengericht

hs. Freiburg, 27. März. Das 500 Einwohner zählende Dorf Oberengen im Markgräuterland genießt die hohe Ehre, als protestantischen Ortsgeistlichen einen Nazi-Pfarrer zu haben. Nebenher geübt, gehört auch der Bürgermeister von Oberengen zu den Salentzählern. Der Pfarrer nennt sich Hans Teufsch und stammt aus Neuenfischen im Amt Mosbach. Als Minister Dr. Kemmele am 9. November des vorigen Jahres in einer Wähler-versammlung im „Löwen“ in Müllheim über die bevorstehenden Gemeindefestlichkeiten sprach, war auch ein Nazi-Beirath junger Burghen in Begleitung des Bürgermeisters und des Pfarrers Teufsch in der ebengenannten Müllheimer Versammlung erschienen. Selbstredend war die Hitlerfahne nicht gekommen, um fechtlich zu diskutieren, sondern um sich in irgend einer Form auszutoben. Das bewiesen sie auch gründlich. Als Minister Kemmele zum zweiten mal das Wort genommen hatte, wurde er von lärmenden Zwischenrufen der Nazis unterbrochen und gestört, so daß er seine Ausführungen vorzeitig schloß, worauf die ganze Salentzählerversammlung das Müllerlied ertönte. Daß man den Minister damit verarseln und lächerlich machen wollte, kennt man aus gleichartigen Vorkommnissen zur Genüge. Wie einer der Versammlungsteilnehmer mit aller Sicherheit behauptet, hat er gesehen, wie Pfarrer Teufsch bei dem Müllerlied kräftig mitgesungen hat. Die offensichtliche Verhöhnung bestimmte Minister Kemmele, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Das Amtsgericht Müllheim entschied sich, es erziele die Nazi-Sänger Strafbefehlsverfahren; es wird über die Strafen noch nicht rechtskräftig, es wird darüber in öffentlicher Verhandlung erst am 16. April entschieden.

Wutentbrannt — wie sich das für einen Pfarrherrn ausnimmt — setzte sich Herr Teufsch hin und schrieb einen unabweisbar ausführlichen Brief an das Amtsgericht Müllheim, worin er sich zum völlig unschuldigen Lamm stempelte; weiter heißt es in dem Schreiben, man habe ihn ungerecht mit einer Strafe belegt, weil er einer Partei aushöre, die „oben“ nichtelig sei und von da würde ein Druck auf die Richter ausgeübt. Damit stellte er den Vorwurf der Parteitätigkeit und der Rechtsbeugung auf. Daß dies der zuständigen Richter beim Amtsgericht nicht auf sich sitzen lassen konnte, ist klar. Also mußte der Pfarrer heute vor dem Schöffengericht Freiburg antreten, um seine Behauptungen zu beweisen. Natürlich war es ihm unmöglich, auch nur den Schatten eines solchen Beweises zu erbringen, aber der wackeren Salentzählerversammlung nahm einen anderen Versuch, sich herauszuwinden. Er will der Ansicht gewesen sein, die Strafbefehlsverfahren sei ein Urteil, gegen das es meher eine Berufung noch eine Revisionsmöglichkeit gäbe. Und das habe ihn so arg in die Wille gebracht. Was also in Deutschland so ziemlich jeder Schulknabe weiß, ist dem Parteigenossen von Oberengen unbekannt. Wie moos da erst mit seinen volkswirtschaftlichen und politischen Kenntnissen bestellt sein? Der Staatsanwalt hält eine Beleidigungsstrafe von 300 Mark für angebracht, denn eine größere Verunglimpfung eines Richters sei nicht leicht denkbar. Das Urteil lautet auf eine Geldstrafe von 150 Mark, eventuell auf 15 Tage Gefängnis und auf Tragung der Kosten.

Nazi-Unverfrorenheiten

Aus dem Landtag wird der Mannheimer Volksstimme geschrieben: Man ist ja schon allerhand an Frechheit und Unverfrorenheit bei den Nationalsozialisten gewöhnt, so daß sie sich bereits ein außergewöhnliches Stück leisten müssen, bis die Offenheit in erneutes Staunen gerät. Solch eine Gipfelleistung an Unverfrorenheit sind zwei förmliche Anfragen, die die nationalsozialistische Landtagsfraktion in der letzten Sitzung des Landtages eingereicht hat. Mitarbeiter leisten bekanntlich die Nationalsozialisten im Landtag nicht. Dafür bombardieren sie aber das Parlament mit Anfragen und Anfragen, daß sicher die Sesseln des Landtages schon längst zu Ende wäre, wenn sich das Haus nicht fast in jeder Sitzung mit diesen Agitationsanträgen der Hitlerer zu beschäftigen hätte. Auch ein Stück der vielgerühmten Sparsamkeit, wie sie die Nationalsozialisten predigen.

Die zwei förmlichen Anfragen befaßten sich mit der Kontrolle, die der Staat über die die gemeingefährliche Bewegung ausübt. Die Polizei unterhalte, so behauptet die erste Anfrage, in der NSDAP ein ausgebreitetes Netz von bezahlten Spiegeln und Vöspiegeln. Das ist natürlich den Backfisch-Wagner und Genossen unangenehm, sie stellen deshalb fest, daß erfahrungsgemäß das von bezahlten Spiegeln gelieferte Material nicht immer Tatfahnenmaterial sei. In rührender Naivität fragen daher Backfisch-Wagner, Köhler und Konsorten: Ob die Regierung bereit sei, das von den Spiegeln der Polizei bzw. dem badischen Innenministerium gelieferte Material herauszugeben, so daß es einer gründlichen Prüfung unterzogen werden könne, und

weiter, ob die Regierung bereit sei, darüber Mitteilung zu machen, welche Geldbeträge alljährlich für die Beschaffung der NSDAP ausgeworfen würden?

Die Unverfrorenheit dieser Anfrage könnte nur dadurch übertroffen werden, daß etwa ein SA-Mann, der einem politischen Gegner den Schädel eingeschlagen hat, durch seine Partei im Landtag anfragen läßt, welches Untersuchungsmaterial die Kriminalpolizei bereits beisammen habe; es möge dies mitgeteilt werden, damit der SA-Mann wisse, wie er sich zu verteidigen habe.

Die zweite förmliche Anfrage befaßt sich mit dem Material, das angeblich das badische Ministerium des Innern gegen die SA — Sportabteilungen werden in der Anfrage die Sturmtruppe verächtlich genannt — sammelt, „um gelegentlich ein SA-Verbot herbeizuführen zu können“. Auch hier wird dreist und gottesfürchtig die Befanntgabe des Materials gefordert. Wie weit die Dreistigkeit und auch die Heuchelei dieser Partei geht, mögen folgende Sätze illustrieren, die wörtlich dieser „förmlichen Anfrage“ entnommen sind:

„Die NSDAP, einschließl. ihrer Organisationen mit Sonderaufgabe, also auch der SA, ist eine Bewegung, die nur auf verfassungsmäßigem Wege zur Macht kommen will. Die Partei hat daher selbst Interesse daran, zu erfahren, ob Teile der Partei oder Mitglieder verfassungswidrige Absichten verfolgen.“

Wir möchten nicht wünschen, daß der Landtag sich in einer ernstlichen Debatte mit diesen den Stempel der Demagogie und der Heuchelei am Kopf tragenden Anfragen befaßt. Auf alle Fälle aber wird das Haus vor Heiterkeit erzittern, wenn etwa der Herr Backfisch-Wagner oder der Herr Fraktionsführer Köhler oben zitierte zwei Sätze aus der Anfrage auch in der öffentlichen Sitzung vorbringen sollte. Zutrauen tun wir zwar diesen Leuten alles.

Verurteilte Hakenkreuztreiber

D3. Heidelberg, 28. März. Wegen schwerer Beleidigung eines Polizeibeamten am Abend des 4. September v. J. wurde der Führer der Heidelberger Ortsgruppe der NSDAP, und Schriftleiter des Heidelberger Beobachters Stadtrat Otto Wegel vom Heidelberger Schöffengericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigungen erfolgten, als die Polizei anlässlich einer Wahlversammlung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich in der Nähe der Stadthalle eine Ansammlung der Nationalsozialisten zerstreute.

Der nationalsozialistische Heidelberger Stadtrat Johann Dr. Abendroth hatte sich wegen Beleidigung des Ministers Dr. Kemmele gelegentlich einer Protestversammlung gegen die Ernennung Gumbels zum a. a. Professor in der Stadthalle zu verantworten. Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M.

Der Streit um Cyankali

Minister Bittmann „rechtfertigt“ sich

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Unter diesem Titel erschien in Nr. 72 des nationalsozialistischen Filmerz vom 26. März ein Artikel, in dem es unter Bezugnahme auf den in Karlsruhe vorgeführten Film „Cyankali“ u. a. hieß: „Der badische Innenminister hat aber, trotzdem er ein schon 65 Jahre alter Zentrumsmann ist, bis heute gegen diesen Schmusfilm nicht das geringste unternommen.“

Daraufhin ist dem Führer auf Grund des § 11 des Pressegesetzes vom Minister des Innern eine Berichtigung zugesprochen, in der es heißt: „Die (oben angeführte) Behauptung ist unmaß.“ Wahr ist, daß der Minister des Innern bereits am 16. August 1930, nach dem der Film „Cyankali“ in Baden gelaufen ist, sich dem bayerischen Wiederrufsantrag angeschlossen hat. Dilem Antrag wurde durch Entschliebung der Filmoberprüfstelle vom 29. August 1930 entprochen und die öffentliche Aufführung des Films verboten. Wahr ist, daß der Minister des Innern, als die Filmprüfstelle in Berlin den Film in ungearbeiteter Form wieder zugelassen hatte, sich dem erneuten Wiederrufsantrag Bayerns angeschlossen hat. Wahr ist, daß gleichzeitig damit durch Erlass vom 25. November 1930 die amtlichen Polizeibehörden in Baden angewiesen wurden, 1930 die amtlichen Polizeibehörden in Baden angewiesen wurden, dem Versuch, den Film in Baden aufzuführen, gemäß § 20 des Polizeistrafbuchgesetzes entgegen zu treten. Wahr ist, daß die Filmoberprüfstelle dem Wiederrufsantrag Bayerns und Badens mit Entschliebung vom 12. Dezember 1930 durch Übernahme einiger Streichungen teilweise entprochen, im übrigen aber den Film endgültig freigegeben hat, womit die nach dem Reichslichtspielgesetz den Ländern aufstehenden Rechtsmöglichkeiten ausgeschöpft waren.“

Kapitulation vor Straße

W3. Forstheim, 28. März. Gestern abend demonstrieren Angehörige der NSDAP, gegen den hier laufenden Film „Cyankali“. Hunderte von Personen umfanden das Kino und Sprechchöre wie „Brot statt Cyankali“ ließen sich hören. Die Polizei verbot die Demonstration zu zerstreuen, die sich aber während der zweistündigen Vorführung immer wieder sammelten. 17 Personen wurden festgenommen, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Polizeidirektion hat angeht die bevorstehenden Karwoche die Vorführung des Films „Cyankali“ in Forstheim von heute an verboten.

Mordbegünstigung durch Nachrichtenfälschung

Die Schuld wird hinweggelogen

In Halle a. S. wurden vor einigen Tagen zwölf Sozialdemokraten von 25 Nationalsozialisten überfallen. Der amtliche Polizeibericht stellte den Hergang folgendermaßen fest:

In der Nacht zum 15. März wurden in der Lindenstraße zwölf Angehörige der SPD, und des Regatta-Klubs, die sich auf dem Heimwege befanden, von etwa 25 Nationalsozialisten überfallen. Die Überfallenen hatten die Nationalsozialisten bereits auf dem Riede-Platz getroffen. Beim Passieren der Landstraße merkten sie, daß sie verfolgt wurden. Bevor die Verfolgten das Polizeirevier erreichten konnten, wurden sie von den Nationalsozialisten in die Luft geschleudert, die sofort auf sie einschlugen.

Die Saale-Zeitung in Halle, ein rechtsbürgerliches Blatt, das mit den Nationalsozialisten sympathisiert, frifizierte den Polizeibericht folgendermaßen:

„In der Lindenstraße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten, Mitgliedern des Regatta-Klubs und Nationalsozialisten. Die gegnerischen Parteien waren schon auf dem Riede-Platz auseinandergekommen. Sie verlorsten sich (!) durch die Landwehrstraße. In der Lindenstraße kam man hart aneinander, und es kam zu einer Schlägerei, bei der es mit Messern über den Gegner berging. Dabei wurde ein Sozialdemokrat durch einen Stich in die Lunge und zwei Stiche in den Kopf verletzt. Polizei kam schließlich herbei und verbatete einen Angreifer.“

Mit Hilfe einer bewußten und niedrigen Fälschung ist die Schuld der Nationalsozialisten vollständig hinweggelogen worden. Es ist die klassische und typische

Nachrichtenfälschung, die der Begünstigung des nationalsozialistischen Mordgeindepels dient. Die Komplizität dieser Sorte von Presse mit den Hitlerbanditen wird durch diese Art der Berichterstattung, die in der Rechtspresse üblich ist, hinreichend bewiesen.

Volkswirtschaft

Das Frühjahrsgeschäft mit Beschleunigungstendenzen jeder Art hat zum großen Erfolge der Geschäftswelt wesentlich beitrage. Eingetreten sind bis jetzt viele für das kommende Geschäft prophezeit. Günstiger sind bis jetzt lediglich zwei Tatsachen, nämlich daß nur das Alltägliche zum Alltäglichen ge-tragt wird und daß das Interesse für Stoffe zur Selbstanfertigung vor allem kommt sie sich auf Nachfrage und Umlagende ertriedien, haben sich als falsch herausgestellt. Ganz allgemein konnte man zunächst die Beobachtung machen, daß die Umlage mengenmäßig nicht gegen den Frühlingsbeginn, sondern die Preise im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen seien. Allerdings sollen sich die Käuferleistungen von dem Bestreben leiten, möglichst billig einzukaufen. Damit hängt zusammen, daß das Qualitätsniveau der meist begehrten Waren um nicht weniger als 40 Prozent gesunken ist. Das ist ein Anstoß, der sich nicht nur bei niedrigeren Umlagen der Umlagende recht bemerkbar macht. Das Bestreben billiger einzukaufen, ist ganz allgemein. Die äußerste Grenze für Niederpreise liegt etwa bei 10 Mark, für fertige Kleider bei 40 und für Mäntel bei 60 Mark. Bessere Ware wird im großen und ganzen nur wenig verlangt.

bei Husten Katarh- hollen Carmol-Pastillen Drogerie Luech, Körnerstraße 26 Drogerie Teuchering, Amalienstraße 10

Ausperrung Haid & Neu

Der Schlichtungsausschussvorsitzende hatte auf Grund der Schlichtungsverordnung die Parteien zu einer Aussprache mit dem Ziel einer Einigung auf Samstag vormittag 11 Uhr eingeladen. Von den Parteien waren erschienen: Für die Firma die Herren Moos und Stein; von der Belegschaft der Betriebsrat und Vertreter des Metallarbeiterverbandes. Festgehalten muß dabei folgendes werden: Der eigentliche Schlichter und Verantwortliche der Aussperrung ist nicht etwa Herr Stein, sondern Herr Moos. Herr Moos hat sofort bei Beginn der Verhandlung die Belegschaft, insbesondere den Betriebsrat, sowie den Volksfreund mit den schärfsten Worten versucht, ins Unrecht zu setzen, der Lüge zu geben, und die Direktion der Firma Firma Haid & Neu als die reinen Unschuldslämmer hinzustellen. Vor allem versucht er, genau wie die Direktion durch einen ihr ergebener Kauf im B. Beobachter, das Märchen zu verbreiten, als ob der Betriebsrat ja dem Abzug seine Zustimmung schon erteilt habe. Der Betriebsrat gab aber unter allgemeiner Zustimmung die Erklärung ab, daß er nie und nirgends diesem amnestischen Abzug von Seiten der Firma zustimmen habe. Genau das Gegenteil sei richtig. Er habe stets den Standpunkt vertreten, daß es bei dem ersten, von der Firma vorgeschlagenen Abzug, der mit Zustimmung der Belegschaft geschehen ist, zu bleiben habe. Einen weiteren Abzug würde die Belegschaft mit allen Mitteln bekämpfen.

Der Vertreter der Organisation Kollege Schulenburg sagte in der denkbare schärfsten, teilweise vielleicht sogar zu scharfen Weise, den Herren die Meinung der Belegschaft der Firma Haid & Neu. Es waren bittere, harte Worte, wenn Kollege Schulenburg die Direktion voll verantwortlich für den jetzigen Kampf und seine Folgen machte. Die Herren Moos und Stein hätten diese Aussperrung heraufbeschworen und würden nur noch oben drein versuchen, sich als Unschuldslämmer hinzustellen. Dies würde ihnen nie gelingen.

Der Vorsitzende Dr. Schid gab sich die erdenklichste Mühe, die Parteien zusammen zu bringen. Rühmlich und sachlich erklärte er, es seien genug der Wortmächtigen, man möge einen Strich unter das Versangene ziehen und an die Zukunft denken. Bezirksleiter Kollege Schied (Stuttgart) unterstrich diese Worte und machte folgenden Vorschlag:

1. Die Arbeit wird am Dienstag zu den alten Bedingungen aufgenommen.
 2. Ein von dem Vorsitzenden nach zu bestimmender Unparteiischer prüft die Streitpunkte unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Firma und der Belegschaft.
 3. Maßregelungen finden keine statt.
 4. Die Belegschaft tritt in ihre alten Rechte wieder ein.
- Arbeiterrat und Organisation nahmen diesen Vorschlag, der vom Vorsitzenden Herrn Dr. Schid aufgegeben wurde, an. Herr Moos aber lehnte denselben ab, er gab zu verstehen, daß er sich nicht binde, alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder einzustellen. Vor allem käme von der Gießerei niemand mehr herein. (Zu verstehen ist nun aber auch, warum der Betriebsratsvorsitzende und sein Stellvertreter neben einigen anderen Arbeiterratsmitgliedern keine Karten zur Wiederaufnahme der Arbeit erbieten.) Kollege Schulenburg gab auf diese Äußerung des Herrn Moos die bestimmte Erklärung ab, daß er und die Belegschaft nie einer Abmahnung zustimmen würden, bei welcher auch nur ein Arbeiter oder Arbeiterin gemahnt würde. Nach dieser Erklärung verließen die Vertreter der Belegschaft den Sitzungssaal.

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch feststellen, daß Herr Moos den Antrag stellte, es mögen ein oder mehrere Unparteiische unteruchen, ob die Firma im Recht oder Unrecht sei. Dies lehnten die Arbeitervertreter ab, denn ohne Hinzuziehung von Sachverständigen von beiden Seiten ist eine Rechtsprechung unmöglich.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Haid & Neu! Ihr werdet nun in den nächsten Tagen sehen, ob der Vorschlag in seinem vollen Umfang anerkannt wird oder nicht. Dann möget ihr, dann möget aber auch die Öffentlichkeit ihr Urteil abgeben, wer die Aussperrung und den eventuellen Zusammenbruch der Firma Haid & Neu verschuldet hat. Der Herr Moos wird in diesem Falle schließlich nicht „stempeln“ geben brauchen wie die Arbeiterschaft, aber den Fluch der Arbeiterschaft trägt ein Mensch, der noch etwas Gewissen hat, auch nicht leicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Betriebsratswahl bei der Firma Keemtsma Zigarettenfabriken Werk Baden-Baden

Die am 27. März stattgefundene Betriebsratswahl brachte den Freigewerkschaftlern einen vollen Sieg. Von 480 abgegebenen Stimmen erhielten die Liste des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 448 Stimmen (letztes Jahr 296) und damit alle 7 Sitze im Betriebsrat. Die Liste der christlichen Tabakarbeiter erhielt ganze 26 Stimmen (letztes Jahr 54). Die Christen haben den einstigen Sitz, den sie hatten, nun verloren. Die Belegschaft der Keemtsma-Fabrik hat bei dieser Wahl gezeigt, daß die Zersplitterungsverfuche von ihr nicht mehr mitgemacht werden, und daß sie für Einigkeit und Geschlossenheit unter Führung der Freien Gewerkschaften ist, und sich durch die Kollaboration von gewisser Seite, wie sie in und um Baden-Baden betrieben wurde, nicht irre machen läßt. Die Liste der Ankerstellen erhielt den gesetzlich zustehenden einen Sitz im Betriebsrat.

Schiedspruch für die Steindruckerei im Bezirk Laub. Der Schlichtungsausschuss hat für den Bezirk Laub für die Steindruckerei die bisherigen Löhne unverändert weiter verlängert bis zum 31. Aug. 1931.

Rußlands Aufträge bringen Lohndruck

In einem schließlichen Stillstand — den Namen wollen wir aus bestimmten Gründen zunächst nicht nennen — haben die Arbeiter das bereits zu spüren bekommen. Das Werk erhielt einen Auftragsauftrag, konnte ihn nur annehmen, weil die Arbeiter — die Firma wies das rechtlich nach — der Not geborend einen Lohnabbau auf sich nahmen. Sie waren schon zwei Jahre arbeitslos und besaßen nur kümmerliche Existenzmittel. Was blieb ihnen da anderes übrig? Sie schloffen zu sehr mühsam Lohn ab und die Unternehmer bekamen den Auftrag. Die deutschen Arbeiter würden für den Auftragsauftrag abtreten. — In Deutschland war man bisher gewöhnt, daß bei Staatsaufträgen die Firmen berücksichtigt werden, die Tariflöhne zahlen. Der „Arbeiterstaat“ Rußland scheint so etwas nicht zu kennen. Er unterläßt mit seinen Aufträgen den Lohnabbau der Unternehmer. — Das ist die Kehre der Auftragsaufträge.

Das Wunderwerk mit tausend Vorteilen

Rein Gelehrter, geschweige denn ein anderer Mensch, ist imstande, auch nur auf einigen Gebieten ein Universalwissen zu besitzen, viel weniger auf Tausende von Fragen die richtigen Antworten zu geben. Dabei wurde von einer großen Anzahl von Wissenschaftlern und Fachleuten in jahrelanger Arbeit das gesamte Wissen der Welt aufammengetragen, alphabetisch geordnet, also sofort nachschlagbar, und in ein großes Verzeichnis gebracht. Man mühte nun annehmen, daß jeder einzelne besitzend, ein solches Universalwerk des Wissens zu besitzen. Dieses ist noch auch der Fall; nur scheiterte es bisher immer an den zu hohen Anschaffungskosten.

Der Verlag Peter J. Oestergaard, Berlin-Schöneberg, hat nunmehr der deutschen Leserschaft mit seinem großen Werklexikon in 20 Bänden eine Uebersetzung besorgt. Die Bände haben Vollenbüchlein mit echter Goldprägung und Vollenbüchlein, also die allerzünftigste Ausstattung, die man sich denken kann. Und was die Hauptfache ist: Damit sich jeder dieses große Universalwerk anschaffen kann, wird dasselbe zu dem unermesslich niedrigen Preis von 7,50 M für den Band geliefert. Dabei steht es jedem frei, das große Werk in monatlichen Raten von 2,50 M an zu bezahlen, ein Betrag, den jeder für ein so vorzügliches Werk anbringen kann. Das Oestergaard-Lexikon enthält über 2000 alphabetisch geordnete und zahlreich farbige Bildtafeln.

Das Oestergaard-Lexikon hat aber auch andere bedeutende Vorteile, indem es den unendlichen Vorrat an der Vortriebszeit weislich, hierfür aber alle Neuerungen aus allen Gebieten anständig bringt. Hier ist ein Verzeichnis enthalten, in dem man nicht nur nachschlägt, sondern weiterleitet und sich über alles orientiert. Das Oestergaard-Lexikon ist vollständig und vollständig mit tausend wissenschaftlichen Räten, das auf alle Fragen, die man beantwortet haben möchte, zuverlässige Auskunft gibt. Durch den erstaunlich billigen Preis wird es jedem Vorkäuflichen denkbar möglich gemacht, sich dieses große vollständige Lexikon anzuschaffen. Der Verlag Oestergaard liefert nun jeden, der sich erst überzeugen will, ob das Werk für ihn in Frage kommt, den ersten Band 5 Tage kostenlos zur Ansicht. In unserer heutigen Nummer finden Sie auf einem Prospekt einen Bezugsschein, den Sie unterschreiben und einschicken können. 976

Das soziale Unrecht an den Bauarbeitern

SPD, Berlin, 27. März. (Ein. Drabt.) In der Lohnabaufrage des Bauwesens ist am Freitag die Entscheidung im Zentraltarifamt gefallen. Die Parteiverhandlungen vor der vom Arbeitsminister eingeleiteten zentralen A. D. Dr. Brauns-Dortmund, Ministerialrat Göttinger-Münch und Herrn Dr. Stengel-Sambura, sowie aus je vier Vertretern der Arbeitnehmer und der Unternehmer zusammengelesen, ging am Donnerstag nach einem oft hürten Verlauf zu Ende. Danach trat die zentrale Schiedsstelle zu besonderer Beratung zusammen. Erst in den Morgenstunden des Freitag früh um 8 1/2 Uhr konnte das Protokoll über die Verhandlungen fertiggestellt werden. Die zentrale Schiedsstelle hat fast durchgehend den von den Schiedsrichtern der Tarifämter vorgeschlagenen Lohnabbau bedeutend herabgesetzt. Im ganzen kann gesagt werden, daß der niedrigste Lohnabbau 7,5 Prozent und der höchste 11,5 Prozent beträgt. Dieser betrifft das Gebiet der wirtschaftlichen Schwerindustrie. Besser abgegriffen haben die Tarifgebiete Groß-Berlin und Hamburg. Dort beträgt der Abbau 7,5

und 7,7 Prozent. Schlechter weggekommen sind Bayern, Hessen, Württemberg, Provinz Sachsen, Nordwestdeutschland, Anhalt, Freistaat Sachsen und Thüringen. Hier bewegt sich der Lohnabbau um 10 Prozent. Der Lohnabbau für Mecklenburg, Pommern, Steint, Ober- und Niederbayern liegt zwischen 8 und 9,5 Prozent.

Die bei den Verhandlungen ins Treffen geführten Argumente der Arbeitervertreter bewiesen, daß dieser ganze Lohnabbau ein soziales Unrecht ist an den Bauarbeitern und wirtschaftlich bestimmt nicht ein Ausdruck von Vernunft und Weisheit ist. Allein die Lohnabbauhöhe ist ja nun einmal heutzutage Trumpf. Sie ist ja auch im Baugewerbe von langer Hand vorbereitet worden, und mußte sich auswirken. Die Unternehmervertreter haben auch vor der zentralen Schiedsstelle ihre gerade unfürsinnigen Lohnabbauforderungen aufrecht erhalten, selbst dann, wenn die Tarifämter einen Spruch gefällt hätten, der einen niedrigeren Lohnabbau vortät. Jetzt haben die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken über den Lohnabbauentscheidungsprozess zu entscheiden. Die Erklärungsschrift läuft bis zum 4. April. Der Zimmererverband wird zu der Entscheidung der zentralen Schiedsstelle auf seinem außerordentlichen Verbandstag am 3. April Stellung nehmen.

Warum heiraten Sie nicht?

Ihnen fehlt das Geld dazu? So - so spielen Sie doch mal!

Preussisch-Sächsische STAATS-LOTTERIE

Ziehung der 1. Klasse 20. und 21. APRIL

LOSPREISE

1/5	1/4	1/2	1/1	Doppel-Los
5--	10--	20--	40--	80--

GOLDFARB

STAATLICHE LOTTERIE-EINNAHME

KARLSRUHE - KAISERSTRASSE 101

Neu eröffnet!

ALLE Farben u. Lacke FÜR DEN Hausgebrauch

GUT u. PREISWERT NUR IM Farbenhaus Weststadt

KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOPIENSTRASSE

Am Donnerstag, den 2. April 1931 sind sämtliche Geschäftsräume der Kasse wegen großer Reinigung geschlossen

Die Auszahlung der Wochenhilfe und des Krankengeldes erfolgt Samstag, 4. April 1931, vormittags von 8-12 Uhr

Hilg. Drickrankenasse Baden-Baden: Der Kassen Vorstand

Hört auf die Macht der Reklame. Auf die Erfolge der Zeitungsanzeige Hört

Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt e. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1930.

	R.M.		R.M.
Unbebaute Grundstücke	4 058	60	Geschäftsguthaben der Mitglieder
Gebäude	1 077	839	01
Baustoffe und Geräte	2	—	12 000
Geschäftseinrichtung	1	—	2 364
Bausparbuch	1 000	48	77
Rollenbestand	98	12	90 000
Werkzeugbestände	10 391	85	100 000
Sonstige Forderungen	646	66	780 692
			1 240
			23 432
			2 130
			45
			4 934
			04
			Reingewinn pro 1930
			1 094 134
			60

Das Handbären der Reichsbahn

Reichsbahnverwaltung
am 31. Dez. und 1. 4. 31, jeweils 8 und 14 Uhr beginnend im Verteilungsbereich Karlsruhe (Hilg. Wegweiser).
Öffentlich gegen Verabreichung der Handbären Anfall Nr. 20. Dez. 1930, nicht abgeholtes Handbären-Gehalt sowie unangebrachte, Frachtgüter, darunter Waren, Schmutz, Gefäßglas 6x30, Whotopparat, Mandoline, Trompete, Fahrräder, Brennabor-Roller, Ringrequis, 432 Pfd. Zollienswarenseiden, Projektionsleinwand, 720

Die besonders genannten Gegenstände werden am 31. 3. von 10 Uhr an ausbezogen

Zahnführer gesucht

Wein- und Wäpelttransport sowie Wohnungs-Umsätze, 2 1/2 t Vulkurbereitungs-Maschinen, 1x3 m lang, billige Berechnung 2659

Telephon 7647

Für die Feiertage

Natürlich - zu Ostern brauchen Sie Sanella, die neue, wundervolle Margarine zu dem erstaunlich niedrigen Preis! Sanella ist unentbehrlich beim Backen und Braten! Kosten Sie einmal Sanella - Sie werden genau so begeistert sein, wie die Millionen Hausfrauen, die nur noch Sanella verwenden!

35 das 1/2 Pfund

Sanella MARGARINE DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

Aus der Stadt Durlach

„Die politische Lage in Deutschland“ sprach in der Parteiverammlung am letzten Freitag Gen. Weiskopf in Karlsruhe in einem äußerst instruktiven Referat, das die zahlreich anwesenden Genossen und Genossinnen bis zum Schluss in seinem Banne hielt. Die Wirtschaft, die Innen- und Außenpolitik, deutsch-österreichische Zollunion, Panzerkreuzer usw. Fragen, das Verhalten der Sozialdemokratie zu der Brüningregierung, kurz alle aktuellen Fragen, die in der Gegenwart uns auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet bewegen, zog der Referent in den Kreis seiner Betrachtungen. Eine umfangreiche Ausdrucksweise, an welcher sich die Genossen Glag, Ribert, Schuhmacher, Storch, ja, Bek und Jäger beteiligten, und in der diese angeführten Fragen, teilweise auch im kritischen Sinne erörtert wurden, schloß sich an das Referat an. Immerhin wurden die Gesichtspunkte, die bei dem gegenwärtigen politischen Kampf unsere Reichsstaatsfraktion in den Vordergrund

gestellt hat, im allgemeinen als berechtigt anerkannt. Eingangs der Versammlung hatte der Parteivorsitzende der Genossen Eugen Ged und Hermann Müller in ehrenden Worten gedenkt. Als Literaturvertrauensmann wurde Gen. Schuhmacher, als Delegierter zur Kreispartei Genossin Glagner und die Genossin Seiberl und Gustav Forstner zum Bestimmen. Gen. Hesel wies noch auf die an Ostern stattfindende Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt hin.

Achtung Erwerbslose! Diejenigen Erwerbslosen, die auf dem Boden der freien Gewerkschaften und der SPD stehen, werden gebeten, in die am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, stattfindende Versammlung im Darmstädter Hof zu kommen. Stadtrat Fafeler wird zu den Osterbeihilfen sprechen. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Gewerkschaftskommission.

Jungspzialisten. Heute, Montag, 20 Uhr im Heim Arbeitsgemeinschaft. Leiterin Genossin Stark. Karlsruhe. Gäste willkommen.

Schweinemarkt in Durlach am 28. März. Der Markt war defilieren mit 105 Käuferfleischweinen und 325 Zerfleischerweinen. Verkaufte wurden 25 Käuferfleischweine und 180 Zerfleischerweine. Preis der Saat Käuferfleischweine 46-54 M., Zerfleischerweine 25-35 M. Vom 1. April ab findet der Markt um 7 Uhr statt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
 Voraussichtliche Witterung für Dienstag, 30. März: Zeitweilig leicht bewölkt, trocken und kalt bei Luftzufuhr aus Norden.

Wasserstand des Rheins
 Babel 133, aef. 24; Waldshut 315, aef. 18; Schutterinsel 196, aef. 18; Rehl 345, aef. 17; Maxau 541, aef. 21; Mannheim 478, aef. 25 Zentimeter.

Selbstverständlich die MOBEL von MARX am MARKTPLATZ

Ämtliche Bekanntmachungen
Bereinsregister-Einträge
 1. Freier Turn- und Sportverein Karlsruhe-Durlach in Karlsruhe-Durlach 24. März 1931.
 2. Firmen-Sportverein „Berla“, Karlsruhe 26. 3. 1931.
 3. Gelangverein der Polizeibeamten Karlsruhe in Karlsruhe 26. 3. 31. Amtsgericht Karlsruhe 726

Handelsregister-Einträge
 1. Georg Katz, Karlsruhe, Einzelkaufmann Georg Ludwig Berg, Ingenieur, Karlsruhe (Verkauf von Maschinen, Apparaten und Eisenkonstruktionen, Vottr. 11.) 26. 3. 1931.
 2. Max Homburger, Karlsruhe, Die Gesellschaft ist aufgelöst Friedrich Berg, Bankprokurist a. D. Karlsruhe ist als Liquidator bestellt. 27. 3. 1931.
 3. Wilhelm H. Pfeiffer, Karlsruhe, Die Firma ist erloschen. 27. 3. 1931.
 4. Fritz Schag, Schuhgeschäft „Wogelia“, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in Fritz Schag, Schuhgeschäft. 28. 3. 1931. Amtsgericht Karlsruhe 724

Güterrechtsregister-Einträge
 1. Band II Seite 69, Erdinger Julius, Kaufmann, Karlsruhe und Familie geb. Willwerth, Vertrag vom 13. März 1931. Gütertrennung. 24. 3. 1931.
 2. Seite 70, Meier Reinhold, Holzbetriebsassistent, Karlsruhe und Martha, geb. Josef, Der Mann hat das Recht der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirtschaftskreis die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten ausgenommen. 24. 3. 1931. 725
 3. Seite 71, Binjon Heinrich, Regiermeister, Karlsruhe-Rheinheim und Anna geb. Wähler, Vertrag vom 26. Januar 1911. Gütertrennung. 26. 3. 31. Amtsgericht Karlsruhe 727.

Neu aufgelegt auf unseren Einheitspreis-Tischen
 Selbstbinder -50
 D'Schlüpfer B'wolle, bunt -75
 D'Trikothemden 1.-
 D'Strümpfe Wäsche- und Spitzfärberei 1.50

Herrod, Dame
 hoch, Einfaßm. I. Konat für Dancereisen, 1411 1/2 Schrittl. Arbeit, nur Wolle, einfaßm. I. die Beize u. Augenberber ge- 1197 durch Wundt Brosche, Kaffel 981

Poländer
 Mietersvereinigung K'ruhe (e. V.)
 Geschäftl. (nur f. Brief, Karte, Baumstr. 22, Stb. IV.

Resi 4.00 6.15 6.30

Achtung AUSTRALIEN
Achtung ASIEN

Das Doppelgesicht des fernen Ostens
 Ein Collin-Ross-Tonfilm von wunderbarer Schönheit
 Jugendliche, Erwerbslose u. Kleinrentner nachmittags 4⁰⁰ ermäßigte Preise

Wettbewerb für Amateurphotographen

„Frühling im Lodenmantel“

So beteiligt sich unser **Oster-Foto-Wettbewerb** zu dem jeder Amateurfotograf zugelassen ist * Die schönsten bei uns entwickelten und kopierten Aufnahmen werden mit Preisen ausgezeichnet und zwar:

1. Preis 1 Radio-Apparat 2 Röhren-Netzempfänger
2. Preis 1 Foto-Apparat „Agfa Billy“ 6x9
3. Preis 1 Stadtkoffer 50 cm, Vollrindleder
4. Preis 1 Damen- oder Herren-Bademantel
5. Preis 1 Foto-Apparat 5x7 1/2
6. Preis 1 Rollfilm-Kamera 6x9

12 Trostpreise Gutscheine für Foto-Bedarfsartikel im Werte von je 5 Mark

Preisrichter ist das Publikum
 Wettbewerbs-Bedingungen in unserer Foto-Abteilung - 2. Etage

Hermann TIETZ KARLSRUHE

Geschäfts-Eröffnung
 Der verehrlichen Einwohnerschaft von Durlach, Aue und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich von heute an in Durlach, Auerstr. 51 ein **Spezial-Damen-Salon** eröffnet und empfehle mich im **Friseur-, Wasserwellen- usw.** sowie in allen sonstigen Haararbeiten. Unter Zusage bester Bedienung bei mäßigen Preisen. 680
 Hochachtungsvoll **Marie Ams**
 Gleichzeitg empfehle ich meine große Auswahl in Parfümerien.

Gesamtverband
 der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Bergbau- und Warenverkehrs
 Durlachverwaltung Karlsruhe
 Poststraße 30 • Fernsprecher 7985, 7986

Unser Büro bleibt am Samstag, den 4. April 1931, geschlossen. Die Unterführungen werden am Donnerstag, den 2. April, ausbezahlt. Die Erbsbewertung 4875

Badisches Landes-Theater
 Montag, 30. März
 8. Abt. 201-300

Wilhelm Tell
 Schauspiel von Schiller
 Regie: Baumbach
 Mitwirkende: Bertram Ermarth, Frauendorfer, Geuter, Schreiner, Seiling, Bauer, Gehlen, Baumbach, Bahlen, Geul, Herr, Gierl, Höder, Knybel, Quil, O. Kienicker, Klobbe, Kühne, Knepper, Müller, Richter, Schulte, v. d. Erndt, Frohmann, Grimm, O. Kienicker, Lindemann, Luther, Meyer, Seibert
 Anfang 20 Uhr
 Ende 22.30 Uhr
 Preise A 10,70-5,00, B 7,25
 7221 Poststraße 86 B 2 Et

Colosseum
 Heute 8 Uhr
 Pariser Revue
Le Chic de Paris
 Morgen ununterr. z. letztenmal
 Badelbadi, 2. Etage, zu verlauf. Preis 45 M
 Eugen Gallien

Wohngutzeit also **Knirschlos** **Ohne Risiko**

Hartgrieb Maccaroni 43 Pfund
 besonders gute Qualität

Eierbruch-Maccaroni Pfd. 56
Eierbruch-Spaghetti Pfd. 60

Allerfeinstes **Milchobst** hergestellt aus edelsten kalif. Früchten
70 und 50 Pfund

Kalifornische **Zwetschgen 3 Pfund 100 Mk.**

Kalifornische **Pflaumen** groß Pfd. 40 extra Pfd. 50

Pfannkuch

5/10 Rabatt

Breisabbau!
 in Solinger Weidach
Rasierklagen
 Garantiert f. jed. Stück
 Garant. 50 St. 1.80 RM
 100 St. 3.20 RM. Nachn.
 Wolfgang Huber, 68, Eberz-
 Haus 1, Kaiserl. Wä-
 chen 13, Kaiserl. Wä-
 chestr. u. Baum a. Sand

Ein Sieg-u. St. Wagen
 zu kaufen gesucht.
 Eblert, Durlach, Salmenstr. 27. 6439

1 Speise-Zimmer
 Eichen, bunt, ausziehlich, 4 Stühle
 RM. 350.-
 Möbelabrik
Gebr. Klein
 Durlacherstr. 97-99
 und Ruppertsr. 14

Gut möbl. Zimmer
 mit 2 Betten (auch einz.)
 im 2. Stock Neubau
 Waldhorn oder Heide-
 Wänschen - Zimmer
 4 St. preiswert zu verm.
 Angeb. unter Nr. 2666
 an das Volksfreundbüro

3-Zimmer-Wohnung
 pol. zu verm. in Jagd-
 fehd, Karlsruher Str. 59
 Nr. 45 RM. Dr. Gert.
 Was, Elektr. Licht, Müst
 Wascht., Schillerstr. 1.

Strümpfe
 werden angefertigt
Alte Strickfäden
 umgearbeitet
 Resanfertigungen bill.
 Gieseler, 25. 3. 601.

Strad., Smolting, Gehrod-Anzüge
 verleiht
 Franzosen, Gartenstr. 7

Willst Du zum Osterfest was schenken, Mußt an ein Klassenlos Du denken!

Ziehung 1. Klasse am 20. und 21. April
 Kauflose zu haben:

5.-	10.-	20.-	40.-	je Klasse
1/2 Los	1/2 Los	1/2 Los	1/2 Los	

V. GERSDORFF
 STAATL. LOTTERIE-EINNAHME, KARLSRUHE
 Kaiserstraße 229
 im Zigarrenhaus Weinbrecht vorm. Streithoff
 Postcheckkonto 29705
 Fernruf: (Geschäft) 2004, (Privat) 3688 7074

Wer wagt, gewinnt!
Preuß. Südd. Klassen-Lotterie
 Zur Verlosung kommen in
 5 Klassen 348 000 Gewinne
114 Millionen Mk.

Hauptgewinne von Mark:
 500000, 300000, 200000, 100000

Ziehung 1. Klasse 20. und 21. April
 1/8 Lose = 5 M. 1/2 Lose = 10 M.
 1/2 Lose = 20 M. 1/1 Lose = 40 M.

empfehl. noch:
Aug. Görger, Staatl. Lottereeinnahme
 Baden-Baden, Postcheckkonto Karlsruhe 10203



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

30. März.

1282 Sizilianische Weiser. — 1559 Knechtmeister Adam Knie. — 1920 Generalstreik im Ruhrrevier gegen Einmarsch von Reichswehr. — 1920 Neues Kabinett in Preußen. Eos Braun wird Ministerpräsident. 1929 Grubenkatastrophe b. Genf, Belgien (274).

Brand in der Zigarettenfabrik Dörmann in Kuppurr

Samstag früh gegen 7 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach Kuppurr gerufen, wo in der Zigarettenfabrik von Dörmann ein Feuer entstanden war. Schon vom Bahnhof aus sah man die beiden ersten Löschzüge die Rauchwolken, die auf eine ausgedehnte Brandstelle schließen ließen. Es brannte in dem hinteren, nach der Alb zu gelegenen Teil und dem anschließenden Treppentraum, wo eine ganz außergewöhnliche Hitze herrschte. Das Feuer hatte sich durch die nicht massive Decke an Balken und Ständern in das Obergeschloß durchgefrassen. Im Erdgeschloß wurde das Feuer schnell mit 2 Stück 52 Millimeter-Rohren gelöscht. Dem Rauch, der die Löschtrupps heftig belästigte, mußte durch Einschlagen der im Raum befindlichen Fenster Abzug geschaffen werden, da Entlüftungsvorrichtungen nicht vorhanden sind und die neue Glasüberdachung des Hofes dem Rauch in sehr unzweckmäßiger Weise den Abzug verwehrt.

Im Obergeschloß wurde ein 52 Millimeter-Rohr vorgenommen. Dort verzögerte sich der Angriff unbilligerweise ganz erheblich dadurch, daß die eiserne Not (!!) Tür von innen verriegelt war. Im Obergeschloß hatten die Löschmannschaften unter dem Qualm und der Rauchentwicklung besonders zu leiden.

Gebannt haben hölzerne Einbauten (Trennwände, Verschaltungen, Verschläge usw.). Außerdem waren in den Treppenhäusern auf den oberen Etagen die Tabakblätter in Glut bzw. sogar in Brand geraten. Als Entstehungsursache dürfte wahrscheinlich das Heißlaufen eines Maschinenlagers und die Entzündung des feinen Tabakstaubes anzusprechen sein.

Die Löschzüge rückten um 7.50 bzw. 8 Uhr ein. Die zurückgelassene Brandwache von einem Oberfeuerwehrmann und zwei Feuerwehrmännern konnte um 12 Uhr eingezogen werden.

Schulenklassung

Aus den Karlsruher Volksschulen wurden 950 Schülerinnen und Schüler entlassen. Am Samstag morgen fanden zum Abschluß würdige Feiern statt.

Die Handelsschulen I und II hatten auf Freitag zu einer Entlassungsfeier in den kleinen Festsaal eingeladen. Der Vortragsfolge war im Mosartedenkmal als Zeitgedanke die deutsche Musik zugrunde gelegt. Von dem Schulerichter beider Handelsschulen, das in diesem Jahr unter der ausgezeichneten Stabführung des Handelschulprofessors B. Pamppe stand, gelangten Musikstücke von Schubert, Beethoven und Mozart zur Aufführung. Fleißige Einstudierung brachte das Orchester zur vollen Entfaltung und Wirkung. Als Solist für Violine stellte sich stud. mus. Peter König der Schulgemeinde vor. Feinsinnige Sogenführungen entlockte dem Instrument sarte Töne, so daß die Darbietungen des jungen Solisten auf sehr beachtlicher künstlerischer Höhe standen. Frau Studienrat Decker und Fräulein Bierstein hatten in dankenswerter Weise die Klavierbegleitung übernommen. Zum Vortrag gebrachte Gedichte pochten sich stimmungsvoll in den Rahmen der Vortragsfolge. Reichlicher Beifall besahnte alle an den Aufführungen mitwirkenden Kräfte und insbesondere auch die für Aufführung und Einübung der Vortragsfolge verantwortlichen Lehrkräfte beider Schulen. Anschließend ergriß Handelschuldirektor S. Martin das Wort zu einer herzlichen Abschiedsrede an die zur Entlassung kommenden Schülerinnen und Schüler. Im Laufe seiner Ausführungen kam Direktor Martin besonders auch auf die Organisation der Handelsschulen Karlsruhe zu sprechen. Die Karlsruher Handelsschulen würden jetzt vier Abteilungen umfassen: 1. die Volksschule für die in kaufmännischen Berufen tätigen Lehrlinge, 2. eine Abteilung der höheren Handelsschule für aus der Volksschule entlassene Schülerinnen und Schüler, die eine abgeschlossene Vorbildung wünschen, bevor sie ins Geschäft eintreten. Diese Abteilung hat einen zweijährigen Lehrgang und umfaßt auch gleichzeitig Schüler aus den unteren Klassen der höheren Schulen, 3. eine Abteilung der höheren Handelsschule aus den mittleren Klassen der höheren Schulen mit Lehrgang nach O III, eine solche Abteilung der höheren Handelsschule, die Schülerinnen und Schüler mit mittlerer Reife höherer Schulen in einem einjährigen Lehrgang umfaßt.

Mit einem Musikstück des Orchesters schloß der Schlußakt. Anschließend fand die Preisverteilung und die Ausgabe der Zeugnisse statt.

Hygienischer Schulungskurs für männliche Erwerbslose

Zur Haus der Gesundheit in Karlsruhe fand in der Zeit vom 10. Februar bis 13. März 1931 ein hygienischer Schulungskurs statt, an dem 115 männliche Erwerbslose regelmäßig teilnahmen. Der Kurs fand dreimal wöchentlich insgesamt an 15 Vormittagen statt und umfaßte Unterrichtsstunden über folgende Gebiete: Körperpflege im täglichen Leben, Einflüsse der Kultur auf die Gesundheit, Hygiene der Ernährung, Alkohol und der menschliche Körper, Alkoholismus in sozialer Beziehung, Mittel und Wege zur Bekämpfung des Alkoholismus, erste Hilfe bei Unfällen, Verwundungen vor Krankheiten, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Geschwulstkrankheiten, Vorbeugung von Krüppelkrankheiten, psychische Hygiene, Hygiene der Leibeshygiene, Erbliche und Erwerbliche (Eugenik), Gefahren des Kurpfuschertums, Rechtsfragen zum Schutze der Minderjährigen. Als Lehrkräfte haben sich Fachärzte aller Gesundheitsfürsorgeverbände freiwillig zur Verfügung gestellt und ihre Mühe wurde durch die rege Anteilnahme und das lebhafteste Interesse aller Kursteilnehmer reichlich belohnt. Mit Hilfe der Karlsruher Notgemeinschaft konnte in der Woche regelmäßig ein Frühstück, bestehend aus Malzkaffee mit Milch, Zucker und Brötchen, verabreicht werden. Der erste Versuch eines solchen Kurses kann als vorzüglich gelungen auch anderen Städten zur Nachahmung wärmstens empfohlen werden.

Tätigkeit des Arbeitersekretariats

(Schluß.)

Die gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung können deshalb nirgends Befriedigung erwecken. Für Karlsruhe treten aber noch andere sehr unliebsame Dinge für die Arbeitslosen in Erscheinung. Wir meinen damit die geradezu trübseligen Raumverhältnisse des Karlsruher Arbeitsamtes. Dieser Zustand ist kaum noch erträglich, und liegt an der Stadterhaltung Karlsruhe wohl der größte Teil Schuld, daß hier nicht schon andere Verhältnisse geschaffen sind. Wir fordern auch an dieser Stelle unter allen Umständen die Erstellung eines neuen Arbeitsamtes, denn die Stadterhaltung ist in gewisser Hinsicht auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosen nicht wie eine Viehherde zusammengepfercht werden, wenn sie zum Arbeitsamt kommen müssen. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß für die Arbeitslosen alles auf genau wäre, und sie ja Zeit hätten, um ruhig einige Stunden warten zu können, bis sie an die Reihe kommen.

Die übliche Tätigkeit des Sekretariats auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und Arbeitsrechts war auch wieder außerordentlich groß, was aus nachfolgender Statistik zu ersehen ist.

Die Zahl der rat- und auskunftsuchenden Personen im Jahre 1930 betrug 5526. Dem Arbeiterstand gehörten hiervon an 5022, und zwar 3409 männliche und 1613 weibliche Personen. Von den 5022 Arbeitnehmern waren 3502 gewerkschaftlich organisiert, dies sind etwa 70 Prozent. 1520 Personen waren weder wirtschaftlich noch politisch organisiert, obwohl sie dem Arbeiterstand angehörten. Die Zahl der dem Bürgerstand angehörenden auskunftsuchenden Personen betrug 504. Von den 5526 auskunftsuchenden Personen wohnten 3402 in Karlsruhe und auswärts 2124. Die Zahl der erteilten Auskünfte im Jahre 1930 belief sich auf 6238. Hieron wurden 5426 Auskünfte mündlich erteilt und 812 schriftlich erteilt.

Nach Rechtsgebieten geordnet verteilen sich die Auskünfte folgendermaßen: Sozialversicherung 2576, Arbeits- und Dienstvertrag 1412, Bürgerliches Recht 1277, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 716, Strafrecht 42, Zivilprozeß 162, Sonstige Auskünfte 53, zusammen 6238.

Die Gesamtzahl der angefertigten schriftlichen Arbeiten betrug in diesem Jahre 2904 und hat sich gegenüber dem Vorjahre um 77 erhöht. Die schriftlichen Arbeiten verteilen sich folgendermaßen: Sozialversicherung 1883, Militärversorgung 126, Arbeits- und Dienstvertrag 387, Bürgerliches Recht 345, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 68, Strafrecht 12, Sonstige Angelegenheiten 83, zusammen 2904.

Die persönlichen Beratungen haben auch eine Erhöhung erfahren und hatten wir in 481 Terminen die persönliche Vertretung übernommen. Vor den verdienstunfähigen Instanzen verteilen sich die Termine folgendermaßen: Versicherungsamt 8, Oberversicherungsamt 30, Verwaltungsgericht 31, Landesversicherungsamt 14, Arbeitsgericht 38, Amtsgericht 10.

Der Erfolg war prozentual im vergangenen Jahre nicht so günstig wie in allen früheren Jahren seit Bestehen des Sekretariats. Es liegt dies nicht allein daran, daß infolge der wirtschaftlichen großen Notlage eine größere Anzahl von Versicherter Rentenansprüche stellen, sondern zum größten Teil auch an der scharfen Sonde, wie die ärztlichen Obergutachter die Arbeitsunfähigkeit von Berufsunfällen, oder Invalidenrenten feststellen. Dazu kommt dann noch, daß tatsächlich der freie Beweiswettbewerb von mancher Berufsunfallversicherung nicht so wie erforderlich in die Erscheinung tritt. In sehr vielen Fällen hoch die Berufsunfallversicherung fast ausschließlich auf die Befundung des ärztlichen Gutachters ab und legt weniger Wert auf die Befundung des Arbeitgebers oder des Augenzeugen. Und gerade diese beiden letzteren Faktoren, insbesondere der Augenzeuge über äußere Verletzungen, lassen doch bei der Arbeitsunfähigkeit nicht so kurz kommen. Wenn man sich lebhaftig auf das ärztliche Gutachten stützt, muß ja die soziale Seite zurücktreten, und wäre es tatsächlich am einfachsten, man würde die Oberversicherungsämter aufheben und nur die Rente bezahlen, die der Arzt gemäß seiner Untersuchung vorschlägt. Das Gutachten des behandelnden Arztes wird immer als weniger beweiskräftig angesehen, gegenüber einem Obergutachter d. h. dem Gutachten, welches auf Anordnung des Oberversicherungsamtes erstattet wird. Auch ein Facharzt, den die Berufsunfallversicherung zur Feststellung eines Rentenbetrages gehört hat, wird bezüglich seines Gutachtens in den meisten Fällen höher bewertet, als der Arzt, der einen Versicherten behandelt. Diese Auffassung wirkt sich stets zum Nachteil eines Versicherten aus, denn die Vertrauenssätze der Berufsunfallversicherungen haben ja eine so große Erfahrung über die Folgen der Unfälle, so daß derartige Schäden für sie überhaupt nicht so bedeutend sind. Wir sind der festen Auffassung, daß dem Gutachten des behandelnden Arztes der Vorrang gebührt, denn er kennt den Versicherten durch seine Behandlung viel besser, als wie der Arzt, der eine Person nur während einer kurzen Zeit untersucht.

Wir können also mit dem Erfolge vor dem Oberversicherungsamt in keiner Weise zufrieden sein und werden wir ja auch schon insbesondere gegen einen Kammerverordnenden Reichswald beim Ministerium erhoben. Ob die von jener Stelle erangenen Beschlüsse etwas fruchten, wird ja die kommende Zeit zeigen. Jedenfalls werden wir darauf achten, daß die Mitglieder einer Sachverständigenkommission unbefristet zum Ausdruck bringen können und ihnen die freie Beweiswettbewerb nicht unterbunden wird.

Die Entscheidung der von uns wahrgenommenen 481 Termine war in 206 Fällen mit Erfolg, in 200 ohne Erfolg und in 13 Fällen wurde die Beistellung verweigert.

Für das dem Sekretariat im Berichtsjahr entgegengebrachte Vertrauen danken wir bestens und werden auch bestrebt sein, weiterhin mit Rat und Hilfe allen zu dienen, die an unser Sekretariat herantreten. Für die wertvolle finanzielle Unterstützung, die uns von der Bad. Regierung, der Kreisverwaltung, sowie der Stadterhaltung zuteil wurde, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

50 Jahre Geschwister Knopf

Das Warenhaus Knopf feiert dieser Tage sein 50jähriges Geschäftsjubiläum. Aus diesem Anlaß hat die Firma auf gestern vormittag an einen größeren Kreis von Personen Einladungen ergehen lassen, um in schlichter, aber würdiger Weise dieses im Geschäftsleben seltenen Jubiläums zu gedenken. Der Teppichverkaufsaal war in geeigneter Weise ausgeschmückt und als Festsaal hergerichtet. Nach dem Musikvortrag eines Künstler-Quartetts begrüßte Herr Dr. Levis, der Schwiegerohn des Geschäftsjubilars, die Festgäste und gab einen Rückblick über die Entwicklung des Unternehmens seit seiner Gründung am 3. April 1881. In jenen Tagen errichtete in der Zeitung ein bescheidenes Interat, in



Max Knopf, der Gründer der Firma

dem Herr Max Knopf und seine Schwester Johanna die Gründung eines Leinen- und Bekleidungsgeschäftes im Hause Kaiserstraße 147 ansetzten. Ganze 200 Jahre waren es, die der aus Bixdorf am 11. November 1881 als Vorkind von seinem Vater mitbrachte, mit denen er den Grundstein zu dem heutigen großen Unternehmen legte. Die Gründungsbilanz, die heute noch im Original vorhanden ist, nennt als Einlage Max Knopf 60 M. und Einlage seiner Schwester 20 M. Ohne Angestellte wurde in dem kleinen Ladenlokal das Geschäft aufgenommen, das auf der Grundlage absolut reeller kaufmännischer Grundzüge sich nach und nach zu ungeheurer Größe entwickelte. In richtiger Beurteilung der Zeitbedürfnisse wurde schon in den 80er Jahren das Warenhausprinzip als erfolgversprechend erkannt, das auf dem Einkauf im Großen fußt. Aus dem Karlsruher Stammhaus entwickelte sich ein ganzer Warenhauskonzern. So entstanden immer weitere Niederlassungen der Firma: 1888 in Baden-Baden, Metz, Colmar, Pirmasens; 1889 in Frankfurt a. M. (unter der Firma Hermann Schmolzer u. Co.); 1890 in Dierdorf; 1891 in Konstanz, Mannheim und ein zweites Geschäft in Karlsruhe (die beiden letzteren

unter der Firma Hermann Schmolzer u. Co.); 1892 in Saarburg, Bruchsal und Rastatt; 1893 in Ravensburg und Darmstadt; 1894 in München, Barmen und Nürnberg; 1896 in Pforzheim.

Der Einkauf blieb in Karlsruhe konzentriert. Die Vorläufe und Organisation des Einkaufsbaues liehen eine Reihe anderer selbständiger Firmen Anstoß zu geben. Auf Veranlassung des Herrn Max Knopf hatte sich sein ältester Bruder Carl Knopf im Jahre 1887 in Freiburg a. N. niedergelassen; ein weiterer Bruder, Herr Moritz Knopf, hatte sich bereits im Jahre 1882 in Straßburg etabliert, sein Bruder Albert in Birm. Der Straßburger und Freiburger Bruder gründeten ihrerseits für ihre Firmen eine Reihe von Filialen. Von Straßburg aus wurden Niederlassungen in Gevelde, Saagen, Pahr, Ludwigshafen a. Rh., Molsheim i. El., Pirmasens, Saargemünd, Saarlouis, Schimert i. El., Schlettstadt, St. Gallen, Thann, Weihenburg i. El. und Worms errichtet. Die Firma S. Knopf, Freiburg besitzt folgende Filialen: Vörsch, Schopfheim, Unterlinden, Luzern und Offenburg. Das Straßburger Haus mit seinen Filialen existiert heute nicht mehr. Der Vertrag von Verkaufes hat dieses Unternehmen zerstört, wie auch die eigenen eifrigen Filialen der Firma Geschwister Knopf.

Von den eigenen Geschäften der Firma nahm insbesondere das Karlsruher Stammhaus immer erheblicheren Aufschwung. Im Jahre 1906 bot sich Gelegenheit zum Erwerb des Gebäudes auf der Kaiserstraße, in dem das Geschäft seit Gründung unter wiederholter Vergrößerung des Mietslokals betrieben wurde. Im Jahre 1912 wurde dessen Neubau begonnen. Er umfaßt etwa 3000 Quadratmeter. Dieser Bau, der zugleich vornehmliche Ruhe und monumentale Kraft zeigt und sich in seinem Stil anlehnt an die feinen und gediegenen Weinstockerbauten von Alt-Karlsruhe, ist eine wertvolle Bereicherung des Stadtbildes. So kann Herr Max Knopf auf ein Lebenswerk zurückblicken, an dem er heute noch als 74jähriger tätig mitwirken beabsichtigt ist.

Als zweiter Redner sprach Herr Professor Kopp. Er gedachte zunächst der Taten der Firma und insbesondere der im Weltkrieg gefallenen Angestellten der Firma (12 des Karlsruher Geschäftes und 12 der übrigen Geschäfte). Er wies ferner darauf hin, daß 80 Prozent des Personal als Lehrlinge in das Geschäft eingetreten sind und daß die Firma die älteren Angestellten so lange wie möglich zu halten sucht.

Namens des Betriebsrates der Firma sprach Herr Wittmann und namens der Engros-Abteilung Herr Strohsch. Beide Redner rühmten das gute Einernehmen der Geschäftsführung mit dem Personal. Namenslich betonte der erstere, daß sich die Firma stets bemüht, sich den Bedingungen der modernen sozialen Gesetzgebung anzupassen.

Weiter sprach Herr Kiska, Präsident der Handelskammer Karlsruhe, und überreichte Herrn Knopf die Ehrenurkunde der Kammer. Herr Bilzer sprach namens des Karlsruher Einzelhandels und schließlich sprachen noch Vertreter des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser und des Verbandes reisender Kaufleute. Nach der Feier wurden die Gäste zu einem Imbiß in den Festsaal eingeladen.

Wichtigste möchten wir nicht unterlassen, der Firma auch untererleits die besten Wünsche darzubringen.

Die schönsten Anzüge und Mäntel 35.- 48.- 59.- 68.- 78.- / Julius Löwe Werderplatz 25

Städtewettkampf der Polizeisportvereine Heilbronn-Stuttgart-Karlsruhe

Dem am Samstag, den 28. März, im Saale des Kühlen Krug stattgefundenen Städtewettkampf der Polizeisportvereine von Heilbronn, Stuttgart und Karlsruhe war ein voller Erfolg beschieden. Die Kämpfe, welche von einem spannenden Programm umrahmt waren, wurden mit größter Eifer durchgeführt und zeigten, wie groß der Verdienst ist, die Polizeisportbewegung um die körperliche Ertüchtigung anderer Polizei erworden hat und noch erwirbt.

Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Ehrenpräsidenten des Heilbronner Polizeisportvereins und des Herrn Polizeioberleutnants Demantl nahmen die Kämpfe ihren Anfang. Im Gewichtsbereich mit 20 Pfd. Vorsprung Siegen, Heilbronn und Karlsruhe zeigten alsdann im Kämpfen am Barren ihr beachtenswertes Können. Im Städtewettkampf im Ringen konnten sich die Karlsruhe für die im Gewichtsbereich von den Stuttgarter besagten Niederlage abwendig zu machen, sie zeigten mit 10:5 Punkten.

Das Programm, welches äußerst anregend zusammengestellt war, fand ein sehr dankbares Publikum. Hier sind besonders zu erwähnen die Tänze der kleinen Ruth Lindner und Grete Zoos. Die Jiu-Jitsu-Vorführungen des P.S.V. Karlsruhe waren äußerst lehrreich und interessant. Auch der Humor kam nicht zu kurz. Pflanzentheilnahme von Schiller und die unverwundliche Mäus brachten die richtige, gemüthliche Stimmung. Eine Attraktion ersten Ranges war der Ballett-Musiksalon, dessen Vorführungen allgemeine Bewunderung erregten. Mit Ehrungen verbundener Mitgliebet und einem Ball fand die Veranstaltung ein sichtlich schönes Ende.

Ein fürchterliches Familiendrama

4 Personen ermordet

Förzheim. Am vergangenen Samstag, nachmittags 4 Uhr, entdeckte man in dem stillen Schwarzwaldbüchchen Engelsbrand, bei Förzheim, ein fürchterliches Verbrechen. Verschiedene Einwohnern war es aufgefallen, daß sich am Samstag in dem Anwesen des Landwirts Zoll nichts rührte. Das Vieh blühte in den Ställen und ein erst drei Wochen altes Kind der Tochter der Eheleute Zoll schrie jämmerlich. Man wollte gerade in das Haus eindringen, als die zweite Tochter der Eheleute Zoll, die in Karlsruhe beschäftigt ist, zu Besuch nach Engelsbrand heimkam. Da alles verschlossen war, stieg das Mädchen durch ein Fenster in das Haus ein und machte hier eine entsetzliche Entdeckung. Das erste, was sie erblickte, waren ihre alten Eltern, die durch Beilbeide fürchterlich zugerichtet tot im Zimmer lagen. Im ersten Stock bot sich ihr ein gleich graufiges Bild. Auf der

Türschwelle lag das bläuliche Büchgen ihrer Schwester, der 20jährigen Ehefrau Beile, und diese selbst lag in der Mitte des Zimmers, durch Beilbeide ebenfalls gräßlich verhämmelt und tot. Das einzige überlebende Wesen in diesem Hause ist das eingangs erwähnte 3 Wochen alte Kind der ermordeten Ehefrau Beile. Die sofort alarmierte Gendarmerie schloß den Schauplatz des schrecklichen Dramas ab, und leitete die Untersuchung ein. Vorläufig verhaftet wurde der Schwiegerjohann der Eheleute Zoll, der Gatte der getöteten Frau Beile, der in Förzheim beschäftigt ist. Schon seit einiger Zeit gab es Unstimmigkeiten in beiden Familien, die sich soweit zuspitzten, daß die Eheleute Beile zuletzt in Scheidung lebten. Wer den grauenhaften und bestialisches Mord an den vier Menschen begangen hat, steht zur Zeit noch nicht fest. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Küppurr

Strassenherstellung. Der Stadtrat hat beschlossen, die Diakonissenstraße zwischen Roienweg und Kraichgaustraße und das Teichfeld der Herrenhäuser Straße zwischen Diakonissen- und Tulpenstraße ortsbauplanmäßig herzustellen.

Kleine bad. Chronik

Betriebsstilllegung
Maximiliansau. Die Firma Vogel u. Bernheimer A.G. Zellulosefabrik, hat ihrer gesamten Belegschaft zum 1. April kündigt. Der Betrieb soll stillgelegt werden. Von der Stilllegung werden 300 Arbeiter betroffen; davon stammen 80 Prozent aus der Südbad.

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Bergbaus und Warenverkehrs, Ortsverwaltung Karlsruhe.

Unter Büro bleibt am Samstag, den 4. April 1931, geschlossen. Die Unterführungen werden am Donnerstag, den 2. April, ausbezahlt. Siehe Inserat.

(.) **Chruna treuer Hausangestellter.** Am 20. Mai wird der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, wie alljährlich die Chruna treuer Hausangestellter vornehmen. Die große Bedeutung der Hausangestellten für das Wohl der Familie rechtfertigt es gewiß, diesem Stande Beweise aufrichtiger Beachtung und Fürsorge zu geben. Der Frauenverein beschäftigt deshalb dieses Gebietes seiner Tätigkeit dadurch auszubauen, daß er für alte oder arbeitsunfähige Hausangestellte ein Altersheim errichtet oder durch Gewährung von Freiplätzen in einem solchen den treuen Bediensteten einen sorgenfreien Lebensabend bereitet. Die Durchführung dieser Bestrebungen erfordert jedoch erhebliche Geldmittel. Bei der Aufbringung derselben mitzuwirken, ist Pflicht aller Beteiligten, welche die Hilfe von Hausangestellten in Anspruch nehmen.

Der Frauenverein richtet deshalb an alle Kreise, welche dem Verein noch fernere Leben, die Hilfe, ihm als Mitglied beizutreten. Der Jahresbeitrag ist auf 3 RM. festgesetzt. Anmeldungen von solchen Anstellten und neuen Mitgliedern werden Stefanienstraße 74 entgegengenommen.

Aus aller Welt

10 Grad Kälte im Riesengebirge
 Auf dem Kamm des Riesengebirges herrscht bei 10 Grad Kälte, starkem Nebel und lebhaftem Wind Schneetreiben. Es sind im Gebirge bis ins Tal hinab etwa 10 Zentimeter Neuschnee gefallen.

Der Remarque-Film in Athen zugelassen
 Die Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ ist nach anfänglichem Verbot von der Polizei gestattet worden.

„Zeppelin“ in Budapest
 „Graf Zeppelin“ ist in Csepel bei Budapest alant gelandet. Friedrichshafen, 30. März. „Graf Zeppelin“ ist heute früh 6 Uhr 5 Minuten glücklich gelandet.

Frau Dr. Kienle aus der Haft entlassen

Die Stuttgarter Gerichtspräsidentin teilt mit: Frau Dr. Kienle ist im Hungerstreik verblieben. Die inzwischen unablässig fortgesetzten Ermittlungen lassen eine fernere Verbundfestungsgesahr nicht mehr begründet erscheinen. Deshalb hat die Untersuchungsbehörde von ihrer gesetzlichen Befugnis, die



Zwangsernährung durchzuführen, keinen Gebrauch gemacht. Frau Dr. Kienle ist im Hinblick auf das Zeugnis des Gerichtsarztes, der bei ihrem derzeitigen, durch den Hungerstreik verursachten Schwächezustand die weitere Haftfähigkeit ernstlich bezweifelt, aus der Haft entlassen worden. Von einem Verbleiben, das Frau Kienle während ihres Hungerstreiks befallen haben soll, ist keine Rede.

Politisches Lumpentum

Berlin, 30. März. (Zwischenkl.) Eine Veranstaltung des kommunistischen Freidenkerbundes im Berliner Sportpalast, wurde am Sonntag von der Polizei aufgelöst. Die Veranstaltung war eine einzige Verhöhnung der republikanischen Staatsform und ihres Repräsentanten. Sie richtete sich ausdehnt in schändlicher Weise gegen die Kirche. So trat u. a. eine Person als katholischer Geistlicher auf und las mit einem schwarz-rot-goldenen Hohenlauf auf der Bühne umher.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Teilen 50 Pfg. zu Geben.
 50 Pfg. zu Geben.
 Vergütungsscheine haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden von Redaktionspreis bezahlt.

Karlsruhe.
 Stadtschulhaus für Arbeiterport- und Jugenderholung. Heute Montag 30. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus (Konferenzzimmer) Besprechung der Vorstände von Vereinen mit Klubhäusern und Deinen. 2569

Erstredaktor: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Politisch, Friedrichshafen, Volkszeitung. Aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Gräbner. Redaktion, Gemeindefortschrittliche Nachrichten, Partei, kleine badische Chronik, Aus Mittelhessen, Urlaub, Veranstaltung, Revision. Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß-Karlsruhe, Gemeindefortschrittliche Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Volkzeitung, Verantwortlich für den Anzeigenzettel: Gustav Krieger. Esmittliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft, Postfach 100 und 101, Karlsruhe.

Autoirrfahrten eines Fünfzehnjährigen

Mannheim. Ein 15 Jahre alter Kaufmannslehrling entwendete aus der Garage seines Lehrherrn in Heidelberg einen Personenkraftwagen und fuhr mehrmals zwischen Mannheim und Heidelberg und durch verschiedene Straßen Mannheims, ohne im Besitz eines Führerscheins zu sein. Als gegen 12 Uhr nachts ein Polizeibeamter den Personenkraftwagen auf der Hauptstraße in Seckenheim anhalten wollte, fuhr der Führer des Wagens in voller Fahrt an ihm vorbei, so daß der Polizeibeamte beinahe überfahren worden wäre. Die Polizei nahm nun mit einem anderen Personenkraftwagen in der Dürerstraße die Verfolgung des Autodiebes, welcher fünf Personen im Wagen hatte, auf. Am Philosophenplatz ließen die Täter, als sie sich verlor, einen 19 Jahre alten Kaufmann, ein 20 Jahre alter Wagenbauer, beide aus Heidelberg, sowie eine 16 Jahre alte Verkäuferin aus Käfertal kommen auf der Dürerstraße festgenommen werden. Der Führer des Wagens wurde gestern früh in der Bahnhofsstraße festgenommen. Der Personenkraftwagen wurde sicherstellt.

* **Heidelberg.** Samstag morgen gegen 10 Uhr wurde auf der Friedrichsbrücke ein Radfahrer, der auf der linken Seite über die Brücke fahren wollte, von einem Privatauto überfahren und in bedrohlichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

* **Ladenburg.** Die Scheune des Baumzüchters Hermann Müller ist nachts niedergebrannt. Man vermutet Brandstiftung. Interessant ist, daß die Feuerwehre verlagte, weil mehrere Spaken ihre Rester in die Alarmeinrichtung eingebaut hatten.

* **St. Gallen.** Das Samstag vormittags 9.50 Uhr in St. Gallen fehrplanmäßig fällige Postauto verunfallte auf dem Wege von Seeburg nach St. Gallen kurz vor den Häusern infolge Steuerbruchs. Der Wagen überannte einen jungen Mann, überschlug sich und kam mit der Karoffel nach oben an dem Abhang zu liegen. Von den etwa 12 Insassen wurde glücklicherweise niemand verletzt. Verletzt und Wundstichverletzungen wurden fünf Beschädigt.

* **Bonn Bodensee.** Der 27 Jahre alte Hilfsarbeiter Frommlet aus Württemberg hat sich in Regens am Grabe seines Vaters erschossen. Ein abgemessenes Gesicht um Zurücknahme seines Ausweisungsbefehls ging ihm so zu Herzen, daß er sich das Leben nahm.

Gemeindepolitik

Die Gemeindevahl in Grödingen für gültig erklärt
 Der demokratische Gemeinderat hat gegen die Gemeindevahl in Grödingen Einspruch beim Verwaltungsgerichtshof erhoben. Der Einspruch ist kostenpflichtig zurückgenommen worden. Dieser Entscheid wird bei der Mehrheit der Grödingen Bevölkerung Freude auslösen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterjugend. Heute abend Sprechhorprobe in der Sebeschule. Alles hat zu kommen! Beginn 8 Uhr.

Achtung!
 Kartelldelegierte, Vorstände aller Arbeiterkorporationen, wie Ortsausschuss, Gemeindefortschrittliche Partei, Arbeiterwohlfahrt, Sportler, Sänger, F.F.D., Nachmittagsaktion: Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr im Volkshaus S i h u n a.

Tagesordnung: Vortrag Herr Direktor Kas über die „Mittelschicht und Milchverforgung“.

Alle in Frage kommenden Korporationen haben bestimmt an erscheinen.

Bezirk Mittel- und Südbad:
 Die Genossinnen und Genossen werden zu einer am Mittwoch, den 1. April, abends 8 Uhr, im „Gambettus“ stattfindenden Bezirksversammlung mit Vortrag der Genossin Stark und Genosse Regierungsrat Herz, freundlichst eingeladen. Anschließend Wahl des 1. Bezirksführers. Respektloses Erscheinen wird gewünscht.

Bezirk Müppurr
 Mittwoch, 1. April, 20.15 Uhr, wichtige Sitzung bei Genosse Durfich, Kefedenweg 40, wozu auch die Unterbezirksführer erscheinen sollen.
 Besucht die Bibliothek! Bücherausgabe von 18-20 Uhr Montags und Donnerstags bei Gen. Siefel, Rosenweg 20.

Sprechchor zum Volksfreundbibliothek. Heute Montag, 30. März, abends 8 Uhr, in der Sebeschule, Kreuzstraße.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Am Samstag nachmittags kam es Ecke Durmersheimer und Pfalzstraße zur Kollision zwischen dem Motorwagen eines Postwagens und einem Motorradfahrer, der die Durmersheimer Straße überqueren wollte. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. Der Motorradfahrer wurde zu Boden geschleudert. Man mußte ihn mit starken Quetschungen am Unterschenkel ins Stadt. Krankenhaus einliefern. Seine Maschine wurde stark beschädigt.

Schuldlinge des Verkehrs

Am Samstag mußte die Polizei gegen einen Motorradfahrer einschreiten, der auf seinem mit drei Personen überlasteten Fahrzeug mit übermäßiger Geschwindigkeit fuhr. Das Kraftfahrzeug, dessen Bremsen zudem völlig unbrauchbar waren, wurde sichergestellt. In Du-Lach wurde ein Motorradfahrer angehalten, der nicht im Besitz eines Führerscheins ist. Das Auto wurde ihm abgenommen und sichergestellt.

Eindbruch

Am Sonntag nachmittags suchten Eindredner eine Wohnung in der Ritterstraße heim, während die Anwesen abwesend waren. Sie brachen mit einem Stemmeisen den Bücherregal und Schreibrisch des Hausherrn sowie ein Schrank auf und entwendeten daraus im ganzen 380 M. Bargeld. Die Kriminalpolizei betätigt den Fall.

Ueber Sonntag wurden zwei Fahrräder entwendet; vier Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden. — Einem Schüler wurde aus dem Klassenzimmer der Mantel gestohlen.

Veranstaltungen

Gaslooseunternehmer. Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß Dienstag abends 8 Uhr uniderrücklich die letzte Vorlesung der großen Karier Revue „Le Chic de Paris“ stattfindet. Günstig ist die Direktion mit, daß heute Montag sowie morgen Dienstag die ansgedehnten Vorzugsarten an der Abendkasse angenommen werden.

Kammer-Sänger. Man spricht uns: Das Interesse für das heute abends 8 Uhr in der Eintritt stattfindende letzte Kammerkonzert ist sehr groß, es haben sich viele Pressevertreter aus ganz Baden und der Pfalz angemeldet. Die Präsidenten der Kreisvereine der deutsch-französischen Gesangsvereine (welche die künftige Wanderversammlung der deutsch-französischen Vereine aus den Vorberaufstellungen zu versehen, es bieten die Karlsruhe Philharmoniker mit ihren Solfisten dem Publikum etwas, was in Karlsruhe eine große Seltenheit ist und bleibt.

MAGGI'S SUPPEN sind von hervorragender Qualität.
 — 1 Würfel für 2 Teller nur 12 Pfg. — Keine Zugaben

